

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Ernst Wittmann, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Willi Blumsohn, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprechnr. 414. — Für Inserate 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspreisliste Seite 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Postgebühr 3,75 Mk., monatlich 1,25 Mk. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 3,45 Mk., monatlich 1,15 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 3,75 Mk., monatlich 1,25 Mk. ohne Postgeb. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: die Tagesblätter 25 Pf., Anzeigen von auswärts 35 Pf., im Restamtteil Seite 105 Mk. Anzeigen-Abgabe geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachnummer: Nr. 5254 Berlin.

Nr. 148.

Magdeburg, Donnerstag den 27. Juni 1918.

29. Jahrgang.

Rückzug.

Die Vorgänge der deutschen Politik in den letzten 24 Stunden sind vielleicht das merkwürdigste unter den vielen Merkwürdigkeiten, welche wir auf diesem Gebiet in diesem Kriege miterlebt haben.

Rühlmann hatte am Montag die Selbstverständlichkeit ausgesprochen, daß dieser Weltkrieg viel zu groß und seine Probleme viel zu schwierig seien, als daß sie automatisch durch Waffengewalt aus der Welt geschafft werden könnten; irgendwem müsse man verhandeln. Und er hatte hinzugefügt, Deutschland sei heute und jeden Tag zum Verhandeln bereit, wenn man seine Mindestbedingung erfülle, die Anerkennung seines unbeschränkten Besitzstandes vor dem Krieg.

Alle annexionistischen Blätter, die ganze alldeutsche Presse, die in Rühlmann ihren Todfeind erblickt, gesteht heute unumwunden ein, das sei eine Binsenwahrheit, sei einfach selbstverständlich; das brauche man gar nicht erst zu sagen, so abgedroschen sei es schon. Und zugleich eröffnet sie deswegen gegen den Staatssekretär des Neuhern

eine Generaloffensive

und wirft ihm alle möglichen Verbrechen vor. Seine Rede sei empörend, defaitistisch, Mord am Siegeswillen, eine bewußte Auflehnung gegen die Oberste Heeresleitung und den Kaiser, ein Judasdiener an Deutschland für England und was dergleichen Dinge mehr sind.

Es ist richtig, daß Herr v. Rühlmann müde gesprochen hat. Es gibt eben Menschen, die es anstrengen, wenn sie vormittags ein paar Stunden im Hauptauschuß verhandeln und nachmittags im Plenum sprechen müssen; zumal wenn sie außerdem noch das wichtigste Amt zu verwalteten haben. Es kann auch zugegeben werden, daß Rühlmann einer Entstellung seines Gedankens besser vorgebeugt hätte, wenn er unterstrichen hätte, daß irgendwelche Verhandlungsbereitschaft bei unsern Feinden heute noch besteht und erst durch weitere deutsche Waffenerefolge herbeigeführt werden kann. Aber ist nicht auch das eine Binsenwahrheit?

Wenn das täglich in jeder Zeitung steht, konnte man dann ehrlicherweise dem Staatssekretär unterstreichen, daß er das nicht auch wisse? Offenbar glauben das die Alldeutschen selbst nicht. Aber Rühlmann hatte sich eine Höhe gegeben, und diese Gelegenheit nehmen sie wahr. Die Reichsregierung war bekanntlich entschlossen, von neuen prinzipiellen Erklärungen zur Friedensfrage abzusehen, da sie gegenwärtig doch wirkungslos bleiben müßten. Infolgedessen hatte offenbar eine Vereinbarung mit dem Reichskanzler und mit der Heeresleitung über den Text der Rühlmann-Rede nicht stattgefunden. Und nun zerren die Rühlmann-Stürzer irgendeinen Satz heraus, um einen Konflikt zwischen dem Staatssekretär des Auswärtigen und andern Stellen hervorzuheben. Denn die Reaktion hofft noch immer, den

Reichstag in Gegensatz zur Heeresleitung

zu bringen, darüber die Mehrheit zu sprengen und die Regierung Hertling zu stürzen, um dann bei dem Wirrwarr im trüben zu fischen. Ganz ungemiert verrät sie in allerlei Auspielungen ihre Absicht, die Zukunft des Vorjahres und ihre Entscheidung zu revidieren.

Deshalb sprachen am Dienstag zu Beginn der Reichstagsitzung der Reichskanzler und Rühlmann selbst. Sie sagten wiederum nichts als Selbstverständlichkeiten, nämlich, daß alle Friedensversuche bisher bei der Entente nur Lohn und Spott oder höchstens Entstellung der deutschen Absichten hervorgerufen hätten, und daß dagegen nur die errungenen und weiter erhofften Waffenerefolge uns vorwärts bringen könnten. Das ist genau so richtig wie der Satz, daß die Waffen allein es auch nicht schaffen, und daß man jedenfalls nicht abzuwarten braucht, bis automatisch das Kriegsende durch völlige Zerschmetterung der Feinde eintritt.

Aber nach dem Sturm der alldeutschen Presse erörtern die Selbstverständlichkeiten des Kanzlers und des Staatssekretärs fast wie eine

Kapitulation vor dem Rabau

der Vaterlandsparteiler, und es wäre nichts mehr als Konsequenz, wenn nun die Parteien der Linken den Stiefel umkehren und der Regierung aus dieser Nachgiebigkeit einen ersten Wortwurf machen.

Jedenfalls ist die innerpolitische Lage plötzlich wieder außerordentlich gespannt geworden, und die Annexionisten

haben neue Hoffnung geschöpft, den ihnen verhassten Leitern der Reichsregierung ein Bein zu stellen. Moriturus, ein Mann, der sterben muß, wird Rühlmann in der „Täglichen Rundschau“ und „Deutschen Zeitung“ genannt. Goffentlich besitzt der Staatssekretär wenigstens den Geschmach, sich seiner Haut zu wehren und sich nicht widerstandslos von den Annexionisten abschlagen zu lassen. —

Die Stimmungsmache.

Was die alldeutsche Presse dem Staatssekretär Rühlmann am meisten verübelt, ist seine angebliche Störung der Kriegsstimmung. Die Annexionisten brauchen, um Anhänger zu werben, einen blinden Laumel, der die Augen vor den Tatsachen verschließt. Wer ausspricht, was ist, ist ihr Feind. Deshalb klagen sie Rühlmann so heftig an.

Die „Tägliche Rundschau“ geht davon aus, daß der Ton die Musik mache. Rühlmann habe mit Grabeston, müde, hoffnungslos gesprochen, Mord am Geiste begangen, an der Seele des Volkes und des Heeres.

Noch deutlicher wird die „Post“. Sie verübelt Rühlmann besonders, daß er von der Möglichkeit sprach, der

Krieg könne noch länger dauern.

und dabei entwirft dem Annexionistenblatt folgendes Geständnis:

Damals als Moltke sprach, war tiefer Friede, und der Krieg nur ein theoretisches Ding. Heute aber stehen wir seit fast vier Jahren in härtestem Kampfe. Heute ist der Friede aller Herzen sehnsüchtigste Hoffnung, eine Hoffnung, die man nicht mit Zitatepielereien einfach beiseitejagt, wenn man Verständnis für die Empfindungen des Volkes hat.

Das hätte einmal Rühlmann sagen sollen, daß

alle Herzen nur dem Frieden entgegenschlagen!

sofort hätten ihn die Alldeutschen als Friedensbettler, als Mörder der Kriegsstimmung, als reinen Pazifisten gebrandmarkt. Wenn man will, kann man eben aus jedem Wort, aus zwei Zeilen, dem gehassten Gegner einen Strich drehen.

Auch die „Kreuzzeitung“ unterstellt Rühlmann ein „flaumaderisches Bekenntnis“, und so geht es die ganze Annexionistenpresse durch. Der Rehrreim aller ihrer Wortwürfe ist die Beschuldigung, daß Rühlmann die Siegesritimmung an der Front und in der Heimat störe.

Diese Auffassung entspricht nur der eignen Psyche der Alldeutschen, die in Verzweiflung geraten, wenn sie an die Möglichkeit denken, daß der Krieg ohne Eroberungen ausgehen könne. Das deutsche Volk weiß, daß es für seine Existenz kämpft und braucht nicht

durch Trugbilder aufgeputscht

zu werden. Es kann die Wahrheit vertragen, ohne dadurch irgendwie in seiner Entschlossenheit zur Notwehr beeinträchtigt zu werden.

Wir haben das Gegenbeispiel zu diesem Streit auf dem Gebiet der Ernährungsfrage. Auch da galt es lange Zeit und gilt es noch heute für viele Leute als Axiom, daß man dem Volke die Zukunftsaussichten recht rosig ausmalen müsse. Die Saaten standen immer glänzend und versprochen immer eine Refordernte; nachher kam dann der hinkende Bote, und die Enttäuschung vergrößerte das Uebel der mangelhaften Ernährung. Davon hat man im Kriegsernährungsamt gelernt und sagt jetzt ohne Scheu voraus, daß z. B. die Fettversorgung im nächsten Winter voraussichtlich überaus schwierig sein wird. Wirft deswegen ein Mensch in ganz Deutschland die Finte ins Korn? Nur Gefahren, die man erkennt und offen zugibt, werden auch ernsthaft bekämpft.

Die Möglichkeit einer Versumpfung und endlosen Verschleppung des Krieges

besteht. Sie ist selbst dann ernst zu nehmen, wenn etwa übergewaltige deutsche Siege dem Landkrieg ein Ende bereiten und die Feinde sich lebendig auf die See zurückschieben müssen. Zusammenbrechen wird vor dieser Aussicht in Deutschland niemand, weder an der Front noch in der Heimat. Wer die Gefahr wahrheitsgemäß darstellt, erwirbt sich deshalb ein Verdienst. Dem deutschen Volk

erlebt es vor den Siegeskindern wie Geydebrand, der schon vor einem Jahre das Kriegsende durch die Gewalt des U-Boot-Kriegs binnen zwei Monaten vorherjagte und jetzt wieder über die unmittelbar bevorstehende Erzwingung des Friedens schwätzt. Solche unsinnigen Prophezeiungen sind Gift für die Volkseele; aber niemals sind das nüchternen Betrachtungen der Wirklichkeit. —

Wir verweisen im übrigen auf den nachstehenden

Sitzungsbericht.

Am Bundesratssitz: Graf Hertling, v. Haber, v. Rühlmann. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.

Hg. Schmitt (Münster, Soz.) weist darauf hin, daß in gewissen Teilen Süddeutschlands, die zu den Hauptbrennstoff-Produktionsstätten verkehrsgünstig liegen, infolge der hohen Wasserstrafenstarife die Brennstoffe aus dem Ruhrgebiet wesentlich teurer zu stehen kommen als die Ruhrkohlenprodukte, die auf der Bahn transportiert werden, und fragt an, ob es der Reichsbehörde möglich ist, die Belieferung von Brennstoffen zur Inanspruchnahme von Vorräten für den Winter in diesen Gebieten während der Sommerzeit wirklich durchzuführen.

Ein Regierungsvortrag legt, auf der Tribüne unverständlich, die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen dar.

Auf eine Anfrage des Bringen zu Schmalz-Carolath (nall.) der auf eine Meldung hinweist, wonach im Kesselgebiet in Gefangenschaft geratene deutsche Offiziere und Mannschaften un-menschlich gemartert worden sind, erwidert

Auf eine weitere Anfrage des Bringen zu Schmalz-Carolath über die Verpflegung der deutschen Gefangenen in Malta erwidert

Ministerialdirektor Kriege, die Ermittlungen hätten ergeben, daß die Ernährung auf Malta zurzeit besser sei als in England selbst. Wenn dort über 50jährige Deutsche interniert worden seien, so habe die englische Regierung auf die Schwierigkeiten eines sicheren Abtransports angesichts der U-Boot-Gefahr hingewiesen. Diese Frage dürfte bei den zurzeit stehenden Verhandlungen über den Gefangenenaustausch mit England geregelt werden.

Hg. Doormann (Hochsch. Wp.) fragt an, ob den deutschen Lehrern in Litz das Feldpostrecht gewährt werden könne.

Hg. Postrat Duda: Bisher haben die Lehrer das Recht, die Feldpost zu benutzen, nicht beiseite, da sie Angehörige der dortigen Landesverwaltung sind. Die Reichspostverwaltung wird aber die Frage im Einvernehmen mit der Heeresverwaltung prüfen.

Hg. Schiele (Konf.) wünscht, daß während der Erntezeit Landleute nicht mehr zum Heeresdienst einberufen werden.

Oberst v. Braun: Da wir die allgemeine Wehrpflicht haben, kann nicht eine ganze Berufsklasse zurückgestellt werden. Doch wird mit Rücksicht auf die Einbringung der Ernte allen billigen Wünschen nach Prüfung durch die zuständige Behörde Rechnung getragen.

Darauf wird die gestrige Debatte über den

Etat des Reichskanzlers und des

Auswärtigen Amtes

fortgesetzt.

Reichskanzler Graf Hertling: Meine Herren! Ich hatte ursprünglich nicht die Absicht, unter den gegenwärtigen Verhältnissen mich an diesen Verhandlungen zu beteiligen. Die Gründe, die mich zu dieser Zurückhaltung bestimmen, liegen auf der Hand. Es sind die Erfahrungen, die ich mit meinen Amtsvorgängern über die Erfolge unserer Reden gemacht habe. Sprachen wir von unserer friedfertigen Gesinnung, von unserer Friedensbereitschaft, so wurde das von den einen für ein Symptom unserer Schwäche und von den andern für ein Zeichen des Zusammenbruchs angesehen, auf der andern Seite als eine listig gefällte Falle. Sprachen wir dagegen von unserm unerschütterlichen Willen, den uns aufgezwungenen Eroberungskrieg abzuwehren, so hieß es: Das ist die Stimme des preussischen Militarismus, dem die deutschen Staaten sich fügen müssen. Ich bin am 24. Februar dieses Jahres einen Schritt weitergegangen, ich habe damals ausdrücklich Stellung genommen zu der Politik des Präsidenten Wilson, ich habe seine bekannten vier Punkte besprochen und grundsätzlich meine Zustimmung zu diesen vier Punkten erklärt. Ich habe gesagt, daß die vier Punkte möglicherweise die Grundlage für einen allgemeinen Weltfrieden bieten können. Jene, welche Neuzugung des Präsidenten Wilson ist darauf nicht erfolgt. Alles das hat keinen Zweck. (Sehr richtig!) Aus den Mitteilungen, die mir aus den feindlichen Staaten, besonders aus Amerika, zugekommen sind, hat sich deutlich erkennen lassen, was unter dem Friedensbündel, unter dem Bunde der Völker, dem Völkerverbund für Freiheit und Gerechtigkeit zu verstehen war. (Sehr richtig!) Deutlich lassen da unsere Gegner erkennen, was das Ziel, der Kern dieses zu bildenden Völkerverbundes sein würde, daß somit unsere Gegner keine Schwierigkeiten haben würden, das ihnen unabweisbar aufstrebende Deutschland zu isolieren und ihm durch wirtschaftliche Abhängigkeit den Lebensodem auszuziehen. (Sehr wahr!) Ich habe es dagegen für durchaus angemessen gehalten, daß der Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Mitteilungen über die Einzelheiten unserer politischen Lage im Osten von Finnland bis zum Schwarzen Meere hier machen dürfte, der dazu berufen war auf Grund seiner Sachkenntnis, auf Grund der Erfahrungen, die durch seine mehrmonatige außerordentliche und erfolgreiche Teilnahme an den Verhandlungen gemacht worden waren. Ich bin der Meinung, daß sich der Herr

Staatssekretär dieser Aufgabe durchaus sachgemäß entledigt hat. Dagegen haben seine Aeußerungen, wie ich zu meinem Bedauern feststellen mußte, in weiten Kreisen eine mehr oder weniger unfreundliche Aufnahme gefunden.

(Sehr richtig! Sehr wahr!) Der Herr Staatssekretär sprach über die Schuldfrage. Diese Schuldfrage können wir getrost der Geschichte überlassen. Schon jetzt liegen Zeugnisse vor, daß Deutschland nicht schuld am Kriege war, daß es nicht die Fackel des Weltbrandes entzündet hat. (Sehr wahr!) Ich halte mich jedoch für verpflichtet, mit einem Mißverständniß aufzuräumen, das, was mir scheint, der Auffassung des zweiten Theiles der Ausführungen des Herrn Staatssekretärs zugrunde liegt. Die Tendenz dieser Ausführungen des Staatssekretärs war lediglich die Verantwortung an der Fortsetzung und unabsehbaren Verlängerung des entsetzlichen Krieges der feindlichen Macht zuzuschreiben ganz in dem Sinne, wie ich es am 24. Februar d. J. gethan habe. Meine Herren! Von einer Entlassung unsers Willens, von einer Erquickung unsrer Siegesübersticht kann danach selbstverständlich nicht die Rede sein. (Lebhafte Beifälle links.) Auch wie vor sieben Kaiser und Reich, Fürsten und Völker vertrauensvoll zusammen, sie vertrauen auf unsre unergiebigen Truppen! (Lebhafte Beifälle.) Sie vertrauen auf unsre einseitig und unerschütterlich zusammengehendes Volk und seine großartige Haltung, wie wir sie seit Jahren zu bewundern haben. (Lebhafte Beifälle.) Wir dürfen hoffen, daß der Allmächtige, der uns bisher geholfen hat, und unsrer Kraft von Sieg zu Sieg geführt hat, diese Treue des deutschen Volkes belohnen wird. Ueber die Einzelheiten wird der Herr Staatssekretär selbst das Wort ergreifen, um die Mißverständnisse aufzuklären.

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kühlmann: Ich werde Ihre Zeit nur wenige Minuten in Anspruch zu nehmen brauchen. Aus der Presse und dem Telegramm habe ich gesehen, daß der Herr Abg. Graf Westarp zum Schluß der gestrigen Verhandlungen, dem ich beizuwohnen leider durch dringende Amtsgeschäfte verhindert war, verschiedene Kommentare zu meinen Ausführungen gemacht hat, denen ich zum Theil beitreten kann, denen ich zum Theil aber sehr nachdrücklich entgegenzutreten gezwungen bin. Ich möchte verlesen, was ich hier inhaltlich gesagt habe:

Wenn einmal der Moment gekommen sein sollte — wann er kommt, darüber möchte ich mir auch nicht einmal eine Prognose erlauben — daß die Nationen, die heute kämpfen, in einen Gesamtanstand eintritten, so wird vor allem auch als Vorbedingung nötig sein, daß man ein gewisses Maß des Vertrauens in die gegenseitige Aufrichtigkeit und Aufrichtigkeit jagt. Solange jede Erörterung von der anderen Seite als Friedensoffensive, als Falle, als falsche Unterstellungen, um zwischen den Verbündeten Zwietracht zu säen, aufgefaßt wird, solange jeder Verhandlungsversuch von den Gegnern einer Annäherung in den verschiedenen Ländern sofort aufs heftigste demüthigt wird, so lange ist nicht abzusehen, wie irgendein Gesamtanstand einleiten werden kann, der zum Frieden führt. Ohne solchen Gesamtanstand wird bei der ungewissen Größe dieses Koalitionskrieges und bei der Zahl der in ihm begriffenen auch überseeischen Mächte durch die militärische Entschiedenheit allein ohne alle diplomatischen Verhandlungen ein absehbares Ende kaum erwartet werden können. (Barbare rechts.) Unser Streben auf den Schlachtfeldern, die ungewissen Sieger an militärischen Hilfsmitteln, die Lage und die Einflüsse der im Innern politischen es uns, eine solche Sprache zu führen. Wir hoffen, daß die Gegner einsehen werden, daß gegen die Mittel, die uns zur Verfügung stehen, der Gedanke an den Sieg der Verbündeten Raum und Zutritt ist. Sie sind, wie ich schon oft bemerkt habe, jenseits der Zeit gehen, um mit Friedensangeboten an uns heranzutreten, welche der Lage entsprechen und welche den deutschen Lebenswünschen entsprechen.

Ich möchte mir erlauben, hierzu die Ausführungen des Herrn Westarp, wie sie aus dem Telegramm hervorgehen, gleichfalls zur Verfügung zu bringen. Aber auch der Abg. der zum Frieden führt, führt mir das hier nicht richtig geäußert werden zu sein. Der Appell an den guten Willen Englands müßte gar nicht. (Sehr richtig! rechts.) Ein solcher Appell hat mir nicht vorgekommen. Dieser Appell richtet sich an niemand im Besonderen. Aus dem Kontext der Rede geht klar hervor, was die Absicht war. Es war die Absicht zu sagen: Verhandlungen des Parlament zu Paris, von der Reichsregierung zu Reichsregierungen werden aus — und darüber herrscht, glaube ich, ziemlich allgemeine Uebereinstimmung — ein dem Wege zu einer Lösung kaum noch absehlich ist. (Sehr richtig!) Also bleibt nichts übrig, als der Weg der Verhandlungen oder diplomatischen Zusammenkünfte.

Dieser Weg ist gleichfalls hoffnungslos verfehlt.

Der Appell war nicht, zu sagen, daß die Gegner, wenn sie zu Verhandlungen fähig sind, sich ihnen zuwenden. Weiter hat Graf Westarp ausgesprochen, die Absicht, was nicht jedem guten Menschen einfallen wird, ist bei den Engländern an die falsche Stelle gestellt. Ich begreife nicht, was das überhaupt ist, solange die Gegner nicht, was wir sagen, als gewogene Gewichte angesehen — was soll da eine diplomatische Zusammenkunft? Dann hat Graf Westarp gesagt, aus gutem Willen müßten unsre Feinde nicht in Verhandlungen eintritten, sondern sie müßten dazu gezwungen werden. (Sehr richtig! rechts.) Ich unterstelle jetzt nicht, aber was ist der Appell an den guten Willen? Haben wir nicht Siege zu verzeichnen, so gut, wie sie die Geschichte kaum verzeichnen? Gewinnen wir nicht unsere Feinde, wie ihre Kräfte sinken, ihre Mächte sinken, ihre Schlachten? Sind das nicht Momente, die bei ihnen die Ueberzeugung der Unmöglichkeit ihrer weiteren Fortsetzung, als es nicht denkbar ist, jetzt ist der Weg der Verhandlungen zu bezeichnen? Graf Westarp würde, die Verhandlungen für einen guten Frieden über die Zeit hinweg setzen. (Zusammenhang rechts.) Der Punkt ist vollkommen zu. Der Weg ist ein neuer Punkt, was wir hoffen auch in Zukunft zu sagen, so lange, bis der Gegner zu Verhandlungen bereit ist, welche der Lage entsprechen und den deutschen Lebenswünschen entsprechen können. (Sehr richtig!) Graf Westarp hat den Gedanken geäußert, daß nicht die Entscheidung durch die Waffen, sondern nur durch Verhandlungen

herbeiführen. Dagegen muß ich auf das entschiedenste protestieren. Der Herr Westarp hat mir nicht nur das gesagt, was ich in dem Zusammenhang des Wortes sagt eine gewisse Idee über die Verhandlungen gegen einen Angehörigen mit dem Vorkommen der Ueberzeugung haben, was ich gesagt habe, daß nämlich durch eine militärische Entscheidung eine diplomatische Verhandlung des Ende nicht herbeiführen werden kann. Dagegen lag der Schwerpunkt auf dem militärischen Erfolg und die diplomatischen Verhandlungen werden nur als Nebenbedingung betrachtet.

Der Herr Westarp (rechts): Die Rede ist für Deutschland zu günstig, wie auch die Haltung des Krieges. Deshalb können wir uns auch ganz sicher über die Kriegs- und Friedensfrage aussprechen. Die Rede des Staatssekretärs behauptet nicht nur die Selbstverständlichkeit, daß auch der größte Sieg nur den diplomatischen Verhandlungen vorbehalten ist, sondern auch das liegt in dem Sinne der Rede, daß wenn der Feind auch das große Spiel der Waffen eine Rolle spielt, daß immer den Verhandlungen, die zwischen uns und dem Feinde stattfinden, auch der größte Sieg nur durch die Waffen herbeiführen werden kann. Die Rede der englischen Minister hat auf einer Zeit geklungen, die erkennen läßt, daß sie ihrem Volk nicht sagen wollten, wie glücklich bei uns Deutschen der Friedenswille ist. Ich vermute für unsere Verhandlungen können wir uns geben.

Die deutsche Friedenspolitik

Die deutsche Friedenspolitik haben wir erörtert, wie man sie nicht hätte erörtern dürfen. Die deutsche Friedenspolitik haben wir erörtert, wie man sie nicht hätte erörtern dürfen.

haben. Und auch alle ihre öffentlich dargelegten Ziele sind nicht so klar, wie die von Deutschland unter Zustimmung der Obersten Heeresleitung und der Reichstagsmehrheit erteilte Antwort auf die Papstnote. (Leb. Zustimmung links.) Natürlich gibt es verschiedene Anschauungen in jedem Volke, und dann zitiert man irgendeine Aeußerung und sagt generalisierend: So sprechen die Deutschen, aber: so sprechen die Engländer. Wenn man sagt, es muß gekämpft werden, bis der eine tot ist, so muß man doch auch fragen, was soll geschehen, wenn beide halb tot sind? Was wird dann aus der Welt? Das sind keine Ueberlegungen. Wir müssen uns fragen, was sind denn die Menschen und die Mittel, um alles zerstört wieder aufzubauen, und dann entsteht die Frage: Ist alles, was wir gewinnen können, nicht kleiner als das, was wir sicher verlieren? (Leb. Sehr wahr! links.) Durch militärische Mittel allein wird der Friede nicht herbeigeführt werden können, es gehört dazu auch das Eindringen des Friedensgedankens in den Geist und das Gewissen der Völker. (Weiß h. d. Fortschritt. Sp.)

Abg. Stresemann (natl.): Der Redner hat eine glänzende Apologie der gestrigen Ausführungen des Staatssekretärs versucht, des Theiles seiner Rede, den er heute aufgegeben hat. Ich halte mich an die heutige Rede des Reichstages und die heutigen Ausführungen des Herrn v. Kühlmann. Seine gestrige Rede hat auf uns außerordentlich niederschlagend gewirkt. (Leb. Zustimmung h. d. Natl.) Sie könnte ein Satz ausgesprochen werden, der die Auslegung zuließ, als wenn unsre militärischen Erfolge nicht den Frieden zu schaffen. Wie ist denn der Friede im Osten zustande gekommen? Nicht durch Hin- und Herreden der Diplomaten, durch seine Friedensresolution, sondern durch Ludendorffs Hammer. (Sturm. Zustimmung rechts u. h. d. Natl.) Nur das Abg. Graf Westarp (natl. Soz.): Nein, durch die Volksgewalt! Ein Volk, das dies erlebt hat, mußte es merkwürdig empfinden, wenn in dem psychologischen Moment, wo wir wieder an der Marne stehen, so damals der deutsche Sieg zusammenbrach, ihm gesagt wird: Nein,

das Schwert allein vermag es nicht!

Es mußte der Glaube im Volk entstehen, als ob irgendwelche besonderen Ereignisse eingetreten seien. Erstuldkörperweise hat der Reichstagsredner heute ausgesprochen, daß keinerlei Grund vorliegt, an der Möglichkeit unsers militärischen Sieges zu zweifeln. In dem Munde-Jahr lag gestern wirklich keine Veranlassung vor. (Sehr richtig! rechts u. h. d. Natl.) Das ist in ganz allgemeiner Form hier einmal gefallen. Aber heute dem Volke zu sagen: Mit unsrer Kraft ist nichts getan, es kann noch Jahre, noch Jahrzehnte dauern, das kann man dem Volke heute wirklich nicht zutrauen. Man soll auch nicht sagen, es ist die Wahrheit. Was ist denn die Wahrheit in diesem weltgeschichtlichen Geschehen? (Lachen links.) Ich frage: Was hätte ein Lloyd George, was hätte ein Clemenceau aus dem Siegen gemacht, die wir jetzt errungen haben? (Sturm. anhaltender Beif. rechts u. h. d. Natl.) Wenn man sagt: Wir brauchen das nicht — die Welt draußen braucht es, die an den deutschen Siegen nicht glaubt, weil unsre Staatsmänner keine Angst haben, davon zu sprechen. (Erneuter stürmischer Beifall. Zustimmung rechts u. h. d. Natl.) Aufgabe unsrer Diplomaten wäre es, die Siege des Heeres zu unterstützen, man darf nicht sagen können: In jenen, Deutschland, verheißt du, den Sieg diplomatisch zu benutzen, verheißt du nicht. Nein, wir haben ein Recht, an unsre Siege zu glauben, und müssen alles hintanhelfen, was diese Siegesübersticht auch nur im geringsten in Zweifel ziehen könnte. Redner polemisiert weiter gegen die Ausführungen des Staatssekretärs über die Schuld am Kriege. Die Entlassungsoffenheit für die Engländer hätten wir besser der Tribune des Reichstages überlassen. Den positiven Kriegszielen des Staatssekretärs können wir zustimmen, zumal sie

entschiedener Auslegung fähig sind.

Wir halten es nicht für angebracht, jetzt anzusprechen, was uns das müssen wir erringen. Darum darf man sich nicht irreführen. Aber wenn der Sieg erprobter ist, dann muß er auch benutzt werden, um die realen Sicherungen zu schaffen, deren wir bedürfen.

Eine große politische Einseitigkeit zeigt sich leider bei der Beurteilung der ausfallgebenden Verhandlungen im Osten. Die Tatsache, daß nicht konservativen Beamten im gesellschaftlichen Bereich im Osten große Schwierigkeiten bereitet werden, läßt nichts von der verprochenen Renouveau erwarten. (Sehr wahr! h. d. Natl.) Ein Fehler war es immer, daß man in der Ukraine den inoffiziellen jüdischen Vermittler, der mit den Russen umzugehen versteht, angehehelt hat. Handel und Wandel in Riga liegen vollständig daneben unter der militärischen Verwaltung. Wir müssen eine innere Verbindung herstellen mit dem herrenlosesten künftigen Volke. Zu bezug auf England und Irland müßte die Regierung es einem nicht leicht, sie zu unterstützen; erst legt man im Friedensvertrag eine bestimmte Linie fest, und dann sagt man hier, diese Linie ist unheilbar, weil sie mitten durch die Gassen hindurchgeht. Wo Türkei und Rumänien zusammenstoßen, führt der eine Teil den andern anzuwenden; man müßte daher einsehen, daß kein türkischer Versuch, Constantinien

unterworfen, das geringste Volk, das sich an uns gewandt hat, müssen wir unterstützen. In Indien gibt es entgegen der englischen Herrschaft; wir haben jedenfalls die größte Sympathie mit dem für ihre Selbstständigkeit einsetzenden Javien. Wir erleben schonen Eindruck gegen den Anstieg des Bürgerthums von dem letzten Stellen im diplomatischen Dienst; dieser Dienst muß auch den anderen Bürgerlichen, nicht nur den reichen offen stehen. Ueber uns allen schwebt das Gefühl der jüngeren Zeit, der großen Entschiedenheit, die herbeiführt. Die letzte Entscheidung des Weltkrieges wird auf den Schlachtfeldern des Westens fallen. Es heißt das Wort Hindenburg bezeugen: Schwer ist die Zeit, aber jeder der Sieg. (Leb. Beif. h. d. Natl.)

Abg. Graf Westarp (natl. Soz.): Auch wie bei der Reichstag eine solche Szene nicht wie heute zu Beginn der Sitzung. Gestern hat der Reichstag nicht das Wort ergreifen, aber auf ein Stimmungszeichen der Konservativen, der Schwermüthigen, vollstet eines bestimmten Telegramms an uns, umgen hat er jetzt in das Haus gestellt, was vor dem ganzen Volke dem Staatssekretär vom Reichstag die feidene Schärpe zu zeigen. Der Staatssekretär hat es nicht verstanden, auch nur einzuweichen in Gedanken zu denken. Er zeigte auch keinen Anflug von Bedauern, sondern mochte in törichte peinlicher Weise vor den Konservativen einen Lobes nach dem andern. Doch diese Lobes hat er hat nur ihnen keine Gnade gewährt. Sie rief Graf Westarp geföhren. Dagegen ist, daß der Reichstagler mit keinem Worte die ererbte Rede des Grafen Westarp zu mindern hat. (Sehr wahr!) Dennoch muß sie als klar und laut der Nachschätzung in unsrer Meinung ausgesprochen werden. Graf Westarp hat nur ausgesprochen,

was die große Militärische Kraft.

Diese Militärische Kraft hat bei uns, die Herren Herrling, Pöhl, Kühlmann und die Abgeordneten, damit die Militärische Kraft nicht in ihrer höchsten Bedeutung verlorene. Dagegen muß man nicht volle Klarheit und jetzt den Mann auf dem Reich des Reichstages, der in Wahrheit Deutschland vertritt, Ludendorff. (Sehr wahr! h. d. Natl. Soz.) Wenn Herr von Kühlmann sagt, kein Staatsbürger in Deutschland würde die Selbstständigkeit Deutschlands, so hat er nicht die Wahrheit der Militärischen Kraft geföhren. Ich erinnere nur an die Rede, die erst kürzlich gehalten wurde, wo man dem Gegenstand der militärischen Kraft gewandten und der militärischen Verhandlung die Rede hat und es hat. Die eine nach nachlässig überlassen werden. Es ist unendlich schwer zu glauben, daß jemand annehmen kann, es handle sich um die höchsten höchsten Fragen um einen Kampf um Weltmacht, um das goldene Kalb nicht abzuschneiden, was man der Welt hat und in England und Amerika. (Sehr wahr! h. d. Natl. Soz.)

In der Schuldfrage am Krieg ist unsre Auffassung durch alles, was bekannt geworden ist, nur bestätigt worden. Oesterreich-Ungarn hat durch das Ultimatum an Serbien den Krieg erzwungen und Deutschland hatte sich vorher verpflichtet, diesen Schritt zu billigen. — Was Herr von Kühlmann gestern, wenn auch mit unzulänglichen Mitteln, aufzurufen versucht hat, ist durch die heutige Rede des Reichstages völlig zerfallen worden. (Sehr wahr! h. d. Natl. Soz.) Herr Stresemann setzte sich für den Rat von Flandern ein. Er sollte doch wissen, daß alle anständigen Elemente in Flandern nur mit Verachtung von diesem sogenannten Räte von Flandern sprachen (große Unruhe h. d. Natl.), der es angesichts des Ueberfalls seines Landes fertig-bekommen hat, von der „Notwehr“ Deutschlands zu sprechen.

Zum Anknüpfen von Friedensverhandlungen ist Vertrauen in die Ehrlichkeit und Ritterlichkeit notwendig, sagte der Staatssekretär von Kühlmann mit Recht. Kann aber unsre Regierung solchen Vertrauen erwarten? Werden doch auch nach dem Friedensvertrag die Russen als feindliche Ausländer behandelt entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrags. Es gibt keinen Paragraphen des Friedensvertrags, der nicht verletzt werden wird. Die deutschen Truppen haben das besetzte Gebiet entgegen den Zusicherungen und Vertragsbestimmungen nicht geräumt. Der Staatssekretär sagte gestern, die der Türkei 1878 abgenommenen Gebiete sind im Friedensvertrag wieder der Türkei zuerkannt worden. Dem muß aufs schärfste widersprochen werden; im Friedensvertrag ist vielmehr der Bevölkerung dieser Gebiete ausdrücklich eingeräumt worden, ihre staatkundlichen Verhältnisse selbstständig im Einvernehmen mit ihren Nachbarstaaten, insbesondere der Türkei, zu regeln. Das Einrücken der Türkei in die Bezirke Erivan, Karz, Batumi ist also widerrechtlich, und wird ihm nicht Galt geboten, so bedeutet das die

völlige Ausrottung der Armenier,

die von den Türken in grausamster Weise betrieben wird. (Lebhafte Zustimmung h. d. Natl. Soz.) Entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrags, der an sich schon ein Gebietsfriede ist, sucht man Ostland und Südland an Deutschland anzugliedern. Die Bevölkerung von Ostland wird nicht wie ein freies Volk, sondern schlimmer als ein Feind behandelt. In den Gefängnissen in Riga werden Gefangene in mittelalterlicher Weise gefoltert. Fragen Sie einmal die Litauer, ob sie noch immer von uns befreit werden wollen. Eine ganz besondere Tragödie spielt sich in Finnland ab. Die finnische Bourgeoisie rief die deutsche Regierung zu Hilfe, um die Revolution im Blute zu erstickend und die Freiheit zu zerschneiden. Es wird die Stunde der Abrechnung des finnischen Volkes mit der Bourgeoisie kommen und wie wird dann die Stimmung des finnischen Volkes gegen Deutschland sein! (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) In der Ukraine werden die alten Beamten der zarischen Regierung jetzt wieder eingesetzt. (Hört, hört! h. d. Natl. Soz.) Die „Freiheit“ für die Arbeiter besteht darin, daß der Achtundtag jetzt wieder in den Elf- und Zwölftundtag verwandelt wird. (Hört, hört! h. d. Natl. Soz.)

Daß der entscheidende Sieg bevorsteht, haben wir nun oft genug gehört, aber es hat sich immer wieder gezeigt, daß durch militärische Siege der Friede nicht zu erreichen ist. Die Volksmassen müssen begreifen, daß es ihre Aufgabe ist, den Krieg zu beenden. Erst dann werden wir zu einem Frieden kommen, der die Verjüngung anbahnt. So stark der Kapitalismus erscheint, er tracht doch in allen Fugen, und wenn die Welt nicht zugrunde gehen soll, so muß noch diesem Weltkrieg der Kapitalismus abgelöst werden durch den Sozialismus. (Lebhafte Beifälle bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Werner (Siegen, D. F.) polemisiert gegen den Staatssekretär v. Kühlmann, dessen Ausführungen geeignet seien, die Stimmung unsers Volkes und Heeres herabzubrechen. (Zustimmung rechts.) Unsern Diplomaten und hohen Beamten müßte verboten werden, englische Frauen zu heiraten. Der Redner ergeht sich dann noch 1 1/2 Stunden in alldeutschen und antiemittischen Ausführungen.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch

Der österreichische Rückzug.

Die italienische Heeresleitung jubelt über die Räumung des westlichen Ufers der Piave in ihrem Bericht vom 24. Juni wie folgt:

Der gestrige Tag hat unsren Sieg gekrönt. In die Piave gedrängt, in sich mehr und mehr verengendem Raume unter dem mächtigen Druck unsrer Truppen, ohne Unterlaß von unsrer Artillerie und unsrer Flugzeugen angegriffen, hat der Feind, nachdem er sich acht Tage lang verzweifelt um den Preis unsäglicher Opfer auf dem rechten Ufer gehalten hatte, in der Nacht des 23. auf das linke Ufer zurückzugehen begonnen. Der Uebergang hat sich unter dem mächtigen Feuer unsrer Streitkräfte vollzogen und sich während des gestrigen Tages unter dem Schutz einer starken Maschinengewehrstellung und von Deckungsstruppen fortgesetzt, die nach hartnäckigem Widerstand von unsren siegreichen Truppen nach und nach zurückgedrängt wurden. Der Montello und das ganze rechte Flanzenfer, mit Ausnahme eines sehr kurzen Abschnitts bei Mutila, wo der Kampf noch andauert, sind wieder voll in unserm Besitz. Bis jetzt haben wir mehr als 4000 Gefangene gezählt. Eine ungeheure Beute an Waffen und Kriegsgüter jeder Art ist in unsre Hände gefallen. Eine außerordentliche Zahl gefallener Oesterreicher bezeugt das Kampfgelände und zeugt von der erfolglosen Tapferkeit des Gegners und der Schwere seiner Niederlage.

Wenn nicht mehr als 4000 Gefangene gemacht worden sind, ist der Beweis erbracht, daß der Rückzug unter den erschwerenden Bedingungen des Hochwassers der Piave in der Hauptstadt als gelungen angesprochen werden muß. Die Siegesparaden der Italiener sind daher sachlich unberechtigt. Sie lassen aber erkennen, mit wie großer Sorge General Diaz, der Nachfolger Cadorna, den österreichischen Vorstoß verfolgt hat.

Die Italiener greifen aber noch mehr. Sie suchen im Gebirge den Erfolg zu erweitern, den die Witterung ihnen in der Ebene in die Hände gespielt hat. Die österreichisch-ungarische Heeresleitung meldet unter dem 25. d. M. darüber:

Gestern war die Gebirgsfront zwischen Triana und der Piave wieder der Schanzplan heftiger Kämpfe. Der Feind hat alles auf, um die am 15. Juni verlorenen Höhenstellungen zurückzuerobern. Auf dem Monte di Val della, Val de Roffo, Malsone, Solaro und Monte Ferrica wurde der größte Teil des Tages erbittert gerungen. Die Italiener wurden überall, an mehreren Stellen durch Gegenstöße, zurückgeworfen.

Im Montello-Gebiet sind südlich davon fühlte der Feind mit Patrouillen an der Piave vor. Im Raum von San Donn hatten die den Uferwechsel unsrer Divisionen übernehmenden Deckungsstruppen in den letzten Tagen starke Angriffe abgewehrt. Unsere Bewegungen veranlaßten auch hier manigfaltig und ohne Erfolg an Kriegsgüter durchzuführen zu werden. Seit dem 15. Juni hätte der Italiener über 50 000 Mann an Gefangenen er, darunter etwa 1100 Offiziere. Die Gesamtverluste des Feindes sind — bei strengster Schätzung — mit 150 000 Mann zu berechnen.

Nach einem italienischen „Sieg“ schaut das vorläufig noch nicht aus. Es sei denn, der italienische Generalissimo

feiert schon als Sieg, wenn er nicht geschlagen wird. Im übrigen ist ja noch nicht aller Kriegstage Abend. Es kommt nicht immer Regen und Schneeschmelze den Italienern zu Hilfe. —

Wiener Erfolge.

Der Wiener Arbeiterrat hat am Sonnabend, wie der „Arbeiter-Zeitung“ zu entnehmen ist, nach eingehender Debatte folgenden Beschluß gefaßt:

Der Arbeiterrat nimmt den Bericht über die Verhandlungen in der Kommission zur Regelung von Fragen des industriellen Arbeitsverhältnisses zur Kenntnis und fordert die Vertrauensmänner auf, in sofort einzuberufenden Betriebsversammlungen die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen.

Der Arbeiterrat erwartet, daß die weiteren Verhandlungen für die Eisenbahner und Staatsarbeiter ebenfalls ein zufriedenstellendes Resultat ergeben werden.

Die österreichischen Arbeiter haben wesentliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchgesetzt. Es war aber nicht möglich, für die vielen Branchen ordentliche Verträge in so kurzer Zeit abzuschließen. Man mußte daher zunächst ein Provisorium schaffen, um Zeit für die Verhandlungen über die endgültige Regelung zu gewinnen. Die provisorische Regelung gilt vom 24. Juni bis zu dem am 20. Juli endenden Lohnperiode. Die Arbeiter erhalten in den vier Wochen, die das Provisorium dauert, wöchentliche Lohnzuschläge.

Innerhalb der vier Wochen, für die das provisorische Abkommen gilt, muß über die endgültige Regelung der gesamten Lohn- und Arbeitsverhältnisse verhandelt werden. Zu diesem Zwecke wird ein besonderer Arbeitsausschuß eingesetzt, der unter dem Vorsitz des Ministers für soziale Fürsorge tagen und aus je drei Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter zusammengesetzt wird. Diesem Ausschuss wird auch die Frage der Arbeitszeit zugewiesen.

Ueber die Forderungen der Eisenbahner wurde ausführlich verhandelt. Die Zugeständnisse, die das Ministerium bisher gemacht hat, können nicht als hinreichend betrachtet werden. Die vereinigten Organisationen werden die Verhandlungen fortsetzen. Den Staatsarbeitern werden im allgemeinen gleiche Zugeständnisse gemacht wie den Eisenbahnern. —

Ein öffentlicher Skandal.

Bei der verfallenden Staatshilfe für die Kriegsbeschädigten gewinnt die private Sammelerei eine unverdiente Bedeutung. Alle Veteuren, daß man dem Staate seine Verpflichtungen nicht abnehmen wolle, sind hinfällig, solange von Staats wegen nicht das Notwendige geschieht. Jetzt aber stellt sich auch noch die Gefahr ein, daß die gesammelten oder von Staats wegen zur Verfügung gestellten Fonds zu Korruptionsfonds werden. Es ist an sich nichts dagegen einzuwenden, daß die Sammel-tätigkeit vereinheitlicht und damit unsauberen Elementen, die unter dem Deckmantel der Wohlthätigkeit ihren Profit suchen, das Handwerk gelegt wird. Aber wenn zu diesem Zwecke gewissen Sammlungen eine halbamtliche monopolartige Stellung eingeräumt wird, so ist notwendig, daß deren Leitung in absolut unparteiischen und vertrauenswürdigen Händen liegt.

Das ist aber nur bei den Sammlungen für die Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten der Fall. Dagegen hat man merkwürdigerweise bei der Sammlung zugunsten sonstiger ins Unglück geratener Kriegsteilnehmer einen andern Weg eingeschlagen. Man hat diese Sammlung nicht, wie die beiden andern, einem unparteiischen Ausschuss unterstellt, sondern einer als politische Kampforganisation bisher unruhlich bekannten Körperschaft: den Kriegervereinen. 300 Millionen Mark sollen diesen von Reich wegen zur Gründung eines „Reichskriegerbunds“ zur Verfügung gestellt worden sein. Man fragt sich erstaunt, wie eine solche Dotierung ohne Zustimmung des Reichstags möglich ist.

Wie die Kriegervereine die Stiftung zu verwalten gedenken, darüber macht soeben ihr geschäftsführender Vorsitzender, Geheimrat Westphal, im roten „Tag“ sehr interessante Angaben. Die Kriegervereine beanspruchen in allen leitenden und verwaltenden Organen der Stiftung die Hälfte der Vertreter, die andre Hälfte wollen sie gütigst Behörden, privaten Organisationen und Arbeitervertretungen einräumen. Der beherrschende Einfluß der Kriegervereine ist damit in allen Organen gesichert, die übrigen zugezogenen Vertreter stellen lediglich eine Dekoration nach außen hin dar.

Wie diese Stiftung arbeiten wird, das ist trotz aller gegenteiligen Versicherungen im voraus zu sehen: Jeder Bittsteller wird zunächst befragt werden, ob er auch Mitglied eines Kriegervereins ist. Nun steht zwar in den Satzungen der Stiftung, daß sie auch Nichtkriegervereinsmitgliedern helfen will. Aber da sich jeder Bittsteller an die Kriegervereine wenden muß, so ergibt sich naturgemäß tausendfach Gelegenheit, so lange auf ihm herumzusitzen, bis er Kriegervereinsmitglied geworden ist. Ist der Bittsteller aber rückgrast und tritt nicht bei, nun, so braucht man ihm ja nicht ins Gesicht zu sagen, daß er deswegen abgewiesen wird. Es gibt da tausenderlei andre Vorwände, wie mangelnde Mittel usw.

Weiter: Die Kriegervereine führen einen erbitterten Kampf gegen die Sozialdemokratie. Ihr Beschluß, künftig auch Sozialdemokraten anzunehmen, ist durch die angeknüpften Bedingungen, monarchischer Gesinnung usw., so deutlich als ein Scheinmanöver charakterisiert, daß selbst der Zentrumsabgeordnete Wiesberts stark bezweifelnde Neutralität Ernst sei. Zahllose Mitglieder und jedenfalls wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft oder Konsumgenossenschaft ausgeschlossen worden. Wenn diese jetzt als Kriegsteilnehmer in Not geraten, so mußet man ihnen die Charakterlosigkeit

zu, sich bittsuchend an dieselben Leute zu wenden, von denen sie ehedem wie Aussäbige hinausgewiesen worden sind. Man schafft also eine Stiftung für Kriegsteilnehmer, von deren Genuß Sozialdemokraten praktisch ausgeschlossen sind. Und dazu gibt der Staat dreihundert Millionen!

Dieser ganze Reichskriegerbund wird in der Hand der Kriegervereine nichts werden als ein politischer Korruptionsfonds. Zuwendungen aus ihm werden erhalten: Konserbative Wähler, Mitglieder gelber Arbeitervereine, Streikbrecher und wer sich sonst als Staatsstütze ausweisen kann. Dem irgendwelcher oppositioneller Regierungen verdächtigen Hilfsbedürftigen aber wird man die Tür vor der Nase zuschlagen.

Die Uebertragung dieses Fonds an die Kriegervereine ist ein öffentlicher Skandal. Schrieb doch selbst die schwerindustrielle „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ vor einigen Wochen, daß die Kriegsteilnehmer für das ganze Treiben der Kriegervereine nichts übrig hätten, daß sie „einen weiten Bogen um die Kriegervereine“ machen würden. Aber wohl gerade, um das zu vermeiden, ist die ganze Sache inszeniert worden.

Der Reichstag sollte sich mit dieser Schaffung eines politischen Korruptionsfonds etwas ernsthafter befassen. Auch manchem bürgerlichen Politiker, der jetzt nichts ahnt, werden vielleicht später die Augen übergehen. Die Stiftungen zugunsten der Kriegsofoper dürfen auf keinen Fall politische Kampfmittel werden. —

Die Junker maßregeln.

Im Alter von 37 Jahren wird zum 1. Juli der Seminarlehrer am großherzoglich mecklenburgischen Seminar zu Lüththeen, Sibkovich, „unter Weitergewährung seines derzeitigen vollen Gehalts aus seinem Amte ausscheiden und in den Ruhestand treten“. So meldet das einschlägige Amtsblatt.

Daß ein geundeter Mann im leistungsfähigsten Alter auf den Anteil gesetzt wird, das mag in dieser Zeit des allgemeinen Mangels an Kräften auf allen Gebieten manchen merkwürdig erscheinen. Wer die mecklenburgischen Verhältnisse kennt, dem ist die Sache schon erklärlicher. Sibkovich war einer der einflussreichsten Lehrer des Lüththeener Seminars, der gerade das platte Land mit Lehrern versorgte. Und ausgerechnet dieser Lehrer war fortschrittlich gesinnt und fortschrittlicher Reichstags-Abgeordneter! Nun denke man sich einen fortschrittlich gesinnten Lehrer, der mecklenburgische Guts- und Dorfschullehrer heranbilden soll. Der Mecklenburgische Landtag, in dem bekanntlich die großgrundbesitzenden Junker den Ausschlag geben, war schon lange von der Unhaltbarkeit dieses Verhältnisses fest überzeugt. Daß er es in der Zeit des schlimmsten Lehrermangels wagen würde, den verhassten Fortschrittler und Mitarbeiter fortschrittlicher Zeitungen zu maßregeln, war freilich kaum anzunehmen. Aber die Junker wagen alles und es gelingt ihnen alles, weil sie Mut und — Konsequenz besitzen, Eigenschaften, die andern Volksschichten leider fehlen. —

Spekulierende Bankbeamte.

Aus Bankbeamtenkreisen wird der „Internationalen Korrespondenz“ geschrieben:

Im Leitartikel ihrer Mittwochnummer gibt die „Leipziger Volkszeitung“ eine Schilderung über die Jagd nach dem Kriegsgewinn. Um die ganze soziale Verderbtheit darzustellen, die der Krieg hervorgerufen hat, läßt sie sich dabei dazu verleiten, eine Verleumdung nachzuplappern, mit der die kapitalistischen Kreise seit langer Zeit die Bankbeamten heimsuchen. Unter Berufung auf das „Berliner Tageblatt“ behauptet sie, daß die Angestellten der Banken glauben, auf eigene Rechnung spielen zu können und so sollen. In manchen Bankbüros bilden sich förmliche Spielkasinos von Angestellten, deren Teilhaberschaft sich bis auf die Kontostimmen erstreckt, die auf diese Weise weit über ihre Gehalte gehende Gewinne einstreichen.

Die gewerkschaftliche Organisation der Bankbeamten hat sich erst dieser Tage öffentlich dagegen verwahren müssen, als Unterstaatssekretär Schiffer in ähnlicher Weise Einzelsfälle zu verallgemeinern suchte. Die Zahl der Bankbeamten, die große Spekulationsgewinne einstreichen, ist ungefähr so groß wie die jener Munitionsarbeiter, die angeblich 15 000 Mark im Jahre verdienen. Das Geschrei über die spekulierenden Bankbeamten soll genau so die Aufmerksamkeit von den wahren Spekulanten ablenken, wie das Schreien über die Kriegergewinnern und Kriegsmüchenern. Es ist bedauerlich, wenn ein Arbeiterblatt so wenig Sachkunde besitzt, daß es sich zu diesen Rettungsmanövern für den Kapitalismus hergibt. —

Sehnsucht nach der Fliegerbombe.

Der Zentralausschuß des Völkerverbundes, Thierfelder (Bremen), hat erhebliche Anerschlagungen begangen, und da er auf dem Verbandstag ihre Einbeziehung fürchtete, seinem Leben durch Selbstmord ein Ende gemacht. Der Verbandstag hat den Fall untersucht und einstimmig erklärt, daß den übrigen Vorstand ein Verstoß nicht treffe.

Die unabhängige „Leipziger Volkszeitung“ kann sich nicht verhegen, zu bemerken, daß Thierfelder „eine Hauptstütze der Regierungsjournalisten in Bremen“ war, und hinzuzusetzen:

„Bezeichnend für die Stimmung gegen die Gewerkschaftsbewegungen in diesen Arbeiterkreisen ist die folgende Äußerung: wenn uns doch bloß eine Fliegerbombe ins Gewerkschaftshaus von der ganzen Gesellschaft erlösen würde!“

Einen Defraudanten seiner Partei an die Hochstapler zu hängen, ist alle bewährte Reichsverbandsmethode; aber mit dem Wunsch nach der Fliegerbombe, die das Gewerkschaftshaus zerstören soll, hat die „L. V.“ doch alle Merkmale des Reichsverbandes gezeichnet. Sie sollte von Liebert zum Ehrenmitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ernannt werden. —

Notizen.

Die deutsch-finnischen Verträge. Am Dienstag wurden im Auswärtigen Amte zu Berlin die Ratifikationsurkunden zu dem am 7. März zwischen Deutschland und Finnland abgeschlossenen Verträgen, nämlich dem Friedensvertrag und dem Handels- und Schiffsabkommen, ausgetauscht. —

Neue Bremsenrichtungen bei den Güterzügen. Die Mitglieder der Staatshaushaltskommission des Abgeordnetenhauses fuhr am Mittwoch nach Erfurt, um auf einer Versuchsfahrt auf der Strecke Oberhof-Erfurt die neu eingeführte Kunze-Knorr-Bremse kennenzulernen. Als Versuchszug diente ein Güterzug mit 71 beladenen Wagen. Die Abgeordneten hatten Gelegenheit die Bremsrichtungen auf dieser stark abfallenden Strecke zu beobachten. So wurde bei der Einfahrt auf dem Bahnhof Fischleben durch das Ziehen der Notbremse der Zug bei einer Fahrgeschwindigkeit von 45 Kilometern nach 34 Sekunden zum Stehen gebracht. Die Bremse wird auf den gesamten preussisch-heiländischen Staatsbahnen zur Einführung gelangen. Die Kosten sind auf rund eine Viertelmilliarde veranschlagt. Innerhalb 9 Jahren soll die Bremse restlos eingeführt sein. —

Ein Hauptmann wegen Bestechung verurteilt. Wie seinerzeit berichtet, wurde Hauptmann Philippi aus Wiesbaden vom Gouvernementsgericht Mainz wegen passiver Bestechung zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Gleichzeitig wurde die Einziehung der Bestechungsgelder in Höhe von 256 000 Mark ausgesprochen. Auf die eingelegte Berufung bestätigte nicht nur das Oberkriegsgericht dieses Urteil, sondern verschärfte es noch dadurch, daß es die Dienstentlassung in Entfernung aus dem Heere umwandelte. Hauptmann Philippi hatte gegen dieses Urteil das Rechtsmittel der Revision eingelegt, jetzt aber darauf verzichtet, so daß das Verfahren gegen ihn nunmehr erledigt ist. —

Bolschewistischer Wahlsieg in Petersburg. Die Petersburger Sowjetwahl wurde als Kraftprobe der sozialistischen Opposition gegen die Bolschewiki angesehen. Boris „Nowaja Schina“ schrieb, daß ein Abgrund zwischen der Regierung und der Arbeiterklasse liegt. Darum wird der Sieg der Bolschewiki in den Kommunalwahlen über-raschend. Die Bolschewiki erlangten 119 Mandate, die Menschewiki 1, die Linksozial-Revolutionäre 9, die Kadetten 4. Die Erbitterung des Parteikampfes äußerte sich in terroristischen Methoden. Der Volkskommissar Wolodarski vom Justizdepartement wurde ermordet, vermutlich wegen der Rolle, die er bei den Freischnitten der Regierung spielte. — Nach einer Moskauer Meldung ist das bisherige Ergebnis der Wahlen in Petersburg folgendes: 122 Bolschewiki, 9 linke Sozial-Revolutionäre und 1 Dboroncz. —

Ein Pariser sozialistisches Gemeinderatsmitglied gefallen. Der sozialistische Pariser Gemeinderat Pierre Doumoy, dessen Regiment am Damenweg schwere Verluste erlitt, wird seit der Schlacht an der Aisne vermisst. Da er bisher nach einer Mitteilung des spanischen Botschafters in Berlin auf keiner deutschen Verlustliste verzeichnet ist, fürchtet man, daß er gefallen ist. —

Chinas Bergwerke in japanischer Hand. Wie Neuter erzählt, ist ein Abkommen zwischen China und Japan so gut wie abgeschlossen, wonach die außerordentlich wertvollen Eisenbergwerke in Fenghsangshan bei Nanjing von China in Betrieb genommen und die Herstellung des Stahles von Chinesen und Japanern übernommen wird. Die Japaner werden zum Betrieb der Anlagen 20 Millionen Yen beisteuern. Damit erhalten die Japaner tatsächlich die Aufsicht über die gesamte Produktion der Bergwerke. —

Die Papiernot in Frankreich. Die „Humanité“ meldet: Der Vorstand der wirtschaftlichen Interessen der französischen Tagespresse beschloß, daß vom 1. Juli an bis auf weiteres die Tageszeitungen nur dreimal wöchentlich höchstens vierseitig und viermal zweiseitig erscheinen werden. Der Beschluß ist auf die immer größer werdenden Schwierigkeiten der Papierbeschaffung zurückzuführen. Eine große Anzahl Papierstreifen sind wegen Mangel an Rohstoffen geschlossen worden, weitere stehen vor der Schließung. Andererseits soll die Konzession für die Papiereinfuhr möglichst wenig in Anspruch genommen werden. —

Vorfeldkämpfe.

B. E. S. Großes Hauptquartier, 26. Juni 1918. (amtlich.)

Westlicher Kriegsschanplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Südl. der Scarpe griff der Engländer gestern früh mit mehreren Kompanien in breiten Abschnitten an. Bei Fench und Neuville-Bitasse wurde er im Gegenstoß zurückgeworfen. In den Achbarabschnitten scheiterten seine Vorstöße in unserm Feuer. Am Abend lebte die Artillerietätigkeit fast an der ganzen Front auf. Zwischen Arras und Albert und beiderseits der Somme blieb sie auch während der Nacht lebhaft. Mehrfach rück der Feind zu starken Erkundungen vor. Er wurde abgewiesen und ließ Gefangene in unserm Hand.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zwischen Auro und Marne zeitweilig auflebende Gefechts-tätigkeit. Westlich der Oise erbeuteten wir in Vorfeldkämpfen französische Maschinengewehre. Ein feindlicher Zeitungsblatt nordwestlich von Chateau-Thierry wurde abgewiesen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Nördlich vom Rhein-Marne-Kanal drang bayrische Landwehr in die französischen Stellungen nordwestlich von Bures ein und brachte zwei Offiziere und 40 Mann gefangen zurück.

Auf einem feindlichen Geschwader, das am 24. Juni östlich von Soissons bis zur Aisne zum Bombenabwurf vordrang, wurden fünf Flugzeuge abgeschossen.

Gefangen wurden zwölf feindliche Flugzeuge und drei Gefesselte zum Abwurf gebracht.

Leutnant Udet errang seinen 33., 34. und 35., Leutnant Rirchstein seinen 27., Leutnant Kumer seinen 24., Leutnant Seltjens seinen 23. und Leutnant Billit seinen 21. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Die 35. monatliche Hausammlung

beginnt am Sonntag den 30. Juni er.

Direkte Einzahlungen erbiten wir auf unser Bankkonto Berlin 22315 ab. an unserm Kasse, Postfach 64, v. 10 1/2 1918.

Radrennbahn Magdeburg

Sonntag den 30. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr

Grosser Preis von Magdeburg

Dauerrennen hinter grossen Schrittmacher-Motoren.

Weltrekordmann Paul Nettelbeck. Karl Wittig. Hugo Przyrembel. Willi Techmer.

Grosser Fliegerpreis von Magdeburg

Weltmeister Willi Arend.

Tadewald — Schrage — Hiepel — Karl Müller — Petri — Sawall u. a.

Sonnabend den 29. Juni
abends 7 Uhr

Großes Training.

Youbild-Theater	Weisse Wand, Lohse
Heute letzter Tag	
Das Nachtgespräch großes Drama in 4 Akten. Erich Kaiser-Titz als Protagonist.	Sherlock Holmes professionelles Detektiv- u. Kriminal-Abenteuer X. Y. Z. Die geheimnisvollen Buchstaben 4 Akte. In den Hauptrollen Hugo Flink, Viktor Janson.
Lia Ley in Ein verhängnisvolles Spielwort ein lustiges Schauspiel in 2 Akten.	Thun Steinbrecher in Gandels Seitensprung einzigartiges Lustspiel in 3 Akten.
Bei einer Hausführung Sommerstraße	Kingsbergs Erbschaft ein Stück von all. Zeiten

Zirkus-Lichtspiele

Schluss der ersten Sommer-Spielzeit!
Heute letzter Tag:

1.	5 Akte Die Spur seiner Sünden 5 Akte
2.	3 Akte Der ewige Zweifel 3 Akte

Da das Zirkusgebäude bereits vor Abschluss unsers Vertrags für den Monat Juli anderweitig vergeben war, so **bestimmen unsere Vorstellungen erst wieder am 3. August.**

Katholik THEATER
Direktion: Gustav Klud
Heute 7 1/2 Uhr:
Dornenvolle Wege
Schauspiel in 4 Akten.
Nach dem Roman des General-Freigeigers von A. Bille.
Vorverkauf 11 bis 1 Uhr

Kammer-Lichtspiele.

Heute, letzter Tag:

Agnes Arnau und ihre drei Freier
Lustspiel in 4 Akten.
Hauptdarsteller:
Henny Porten
Kurt Ehrle, Herm. Thiemig, Paul Westemeier.

Pola Negri
die temperamentvolle Künstlerin, in dem glänzenden Drama
Wenn das Herz in Haß erglüht
4 Akte.
Beginn wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr
Ende 10 Uhr.

Stephanshallen
Direktion: Rich. Froberg
Täglich abends 7 Uhr
Sonntags ab 3 Uhr nachm.
Erstklassige Varieté-Vorstellung!

Wilhelm-Theater.
Donnerstag den 27. Juni und folgende Tage der große Schlager
schöne Zeit, o selige Zeit.

Lichtschau Spielhaus Panorama.

Heute letzter Tag:
M. Kretzers Roman
Die Buchhalterin
5 Akte.
Hauptdarsteller: **Lotte Neumann**
Bruno Kastner — Karl Beckersachs
Olga Engl.

Amandus' Brautfahrt
Einzigartiges Lustspiel in 2 Akten.
Ein Flug über die Bayrischen Alpen
Nützliche Aufnahme.
Beginn wochentags 4, Sonntags 3 Uhr. Ende 10 Uhr.

Viktoria-Theater.
Donnerstag den 27. Juni
Anfang 7 1/2 Uhr
Die Neufährtenkinder.

ZENTRAL THEATER.
Donnerstag, 27. Juni
Julianus-Vorstellung!

Im **25. Akte**
Nanon

Einetta, Lemon Squash 200
herzliche Erfrischungsgetränke für
Schüler, Schulkinder, u. Bürger, 11. Haupt-Straße

Sei reicher Auswähl!

Zöpfe



Alle gekauften Zöpfe werden gratis raffiniert.

Sept. 1873 **Spezial-Burgerschiff** Sept. 1873

Albert Schwieger
Schloßstraße 48, Nähe Alter Markt. Juni 1905.

Freiwiliger Männer- und Frauen-Gesangverein
Sonntags den 23. Juni, abends 8 Uhr
Wohltätigkeits-Konzert
im Garten des Reichs-Sicherheits, Eingang: Hauptstraße.

Halberstadt. Sozialdemokratischer Verein.
Donnerstag den 27. Juni, abends 8 1/2 Uhr
im Saal von H. Sellmann, Hauptstraße:
Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
1. Die Interfusions-Bereinigung.
2. Parteianglegenheiten.
Johannes Reich der Mitglieder erwünscht
Der Vorstand.

Mobilmachungs-Ausschuß vom Roten Kreuz — **Städtisches Wohlfahrtsamt Magdeburg**

Die 35. monatl. Hausfammlung

beginnt am

Sonntag den 30. Juni 1918

Geben ist Pflicht!

Dringend bitten wir immer wieder, nur auf unsere abgestempelten Sammelbücher zu geben und alle anderen Listen, Bücher usw. zurückzusetzen.

Der Mobilmachungs-Ausschuß vom Roten Kreuz.
Spende-Eingänge bitten wir auf unser Postfachkonto Berlin 22245 oder an unsere Kasse, Kaiserstraße 64, von 10 bis 4 Uhr.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 26. Juni 1918.

Sondervorstellung im Viktoria-Theater.

Bei der am Montag den 1. Juli im Viktoria-Theater stattfindenden Sondervorstellung gelangen

drei Opern

zur Aufführung, und zwar „Die Baune des Verliebten“ von Goethe, „Der gerade Weg ist der beste“ von Koberger und „Der zerbrochene Krug“ von Kleist, sämtlich also aus dem Anfang des 19. Jahrhunderts stammend. Diese Auswahl aus einer bestimmten Epoche deutscher Literatur wird unsre Freunde um so mehr interessieren, als ein heiterer Grundton alle drei Stücke beherrscht.

Eintrittskarten sind zum Preise von 60 Pfg. noch an den bekannten Stellen zu haben. Es wird noch einmal darauf aufmerksam gemacht, daß die bei der letzten Veranstaltung als überzählig abgetrennten Karten in Zahlung genommen werden, doch ist ihr Umtausch möglichst sofort vorzunehmen.

Der Arbeiter-Bildungsausschuß.

Organisation oder freier Handel.

Am Sonntag hat in Frankfurt a. M. eine Reichskonferenz der Hotel- und Gaststättenbesitzer stattgefunden, die über Mittel und Wege beraten sollte, wie eine bessere Befreiung ihrer Betriebe erfolgen könnte. Eine praktische Lösung dieser Frage hat die Konferenz nicht gefunden, um so mehr zog sie gegen die Organisation der Nahrungsmittelversorgung los und verlangte freien Handel. Der freie Handel, das ist das Gebot aller Hilflosen, die über den kleinen Kreis ihrer persönlichen Interessen und Alltagsverpflichtungen nicht hinauszukommen vermögen, die glauben, die Nahrungsmittelnot lasse sich am besten beseitigen, wenn man sie unbeachtet läßt. Von einem Vertreter des Kriegsernährungsamts wurde aber den Leuten sehr deutlich gesagt, daß der freie Handel zu einer Katastrophe geführt hätte. Das Kriegsernährungsamt hat immer den Handel als seinen Liebling angesehen, dem man die Freiheit nur so weit beschränken darf, wie es die äußerste Not — wirklich die alleräußerste Not — verlangt, ihn aber in all seinen Unbegrenztheiten zuzulassen, das geht dem Reichsamt doch wider die Verantwortlichkeit. Sein Vertreter, Geheimrat v. Schnern, hat darüber sehr beachtliche Ausführungen gemacht, die wir hier im Auszug folgen lassen:

Die Verhältnisse in Oesterreich, deren Zeuge wir eben sind, sprechen für eine lückenlose Zwangswirtschaft, die auch keinen Schleichhandel dulden kann. In Oesterreich hat man das System gehabt, das heute hier empfohlen wurde. Dort hat man stets die Augen geschlossen gegen alle Durchbrechungen und Umgehungen der Verordnungen. Die Folgen dieses Systems sehen wir heute;

sie sind katastrophal.

Die Not der Gaststätten ist dem Staatssekretär des Kriegsernährungsamts wohl bekannt; trotzdem hat er die Bundesratsbestimmung vom März 1918 erlassen müssen, da sonst unter den stetig wachsenden Einwirkungen des Schleichhandels die Durchführbarkeit des deutschen Ernährungsprogramms unmöglich geworden wäre. Die Gaststätten mit Selbstverbrauchern gleichgestellten, diese den Schleichhandel auf den Thron erheben. Es geht unsern Gastwirten heute vielfach besser als denen in manchen neutralen Ländern. Die Versorgung der Junggeheulen und derjenigen Personen, die auf Versorgung außer dem Hause angewiesen sind, wird durch die Massenpeisungen in Kesseln, Fabriken, in den Bäck- und Mittlesthandlungen wesentlich erleichtert. Für die große Masse ist dies vollständig ausreichend. Für die Gastwirtschaften bleibt nur eine verhältnismäßig kleine Schicht übrig. Das Gros der Gasthausbesitzer stellen auch nicht die Junggeheulen und die Fremden, sondern diejenigen Familien, die das nötige Geld haben,

um durch das Essen in Gasthäusern die eignen Vorräte zu schonen. Diesen Teil der Bevölkerung auf Kosten der großen Masse zu bevorzugen, haben wir weder Veranlassung noch die Mittel. Die Einführung der kommunalen Gasthauskarte ist erzwungen, um diese Doppelversorgung zu verhindern. Auch der Fremdenverkehr muß auf das Mindestmaß beschränkt bleiben, da durch Vergnügungsreisen und unnötige Erholungsanwesenheiten zahlreiche Nahrungsmittel der Allgemeinheit entgehen. Den Kommunalbehörden muß die Selbstverwaltung ihrer Lebensmittelbestände wie seither anvertraut bleiben. Sonderzuschüsse durch das Reich für die Gaststätten sind zurzeit unmöglich und würden von der Mehrheit des deutschen Volkes als eine Benachteiligung der Allgemeininteressen empfunden werden.

Der freie Handel hat versagt.

wie nur irgend etwas versagen konnte. Wir sind nicht in den Krieg hineingegangen mit der Absicht, den Handel zusammenzubrechen. Wir haben vielmehr versucht, ihn frei schalten zu lassen. Erst aus der Not heraus sind wir zu der Zwangsorganisation gezwungen, wie wir sie heute haben. Im Anfang des Krieges, als alles noch in ausreichenden Mengen vorhanden war, stiegen die Preise ins Unerhörte. Wir haben Höchstpreise festgesetzt, und die Folge war, daß die Ware vom Markt verschwand und dahin abströmte, wo es noch keine Höchstpreise gab. Wir hatten im Jahre 1916 ein glänzendes Kartoffeljahr und trotzdem eine Kartoffelnot bei freiem Handel. Deshalb ging es mit dem Vieh. Unter der Einwirkung des freien Handels sind die Viehpreise höher gestiegen als sie jetzt sind. Die Wiedererlangung des Handels ist unter den jetzigen Verhältnissen nicht möglich. Ich glaube nicht, daß sich ein Staatsmann finden wird, der die Verantwortung dafür übernehmen würde. Eine Umwälzung von der Zwangswirtschaft würde heute katastrophal wirken und unsern Feinden diejenigen Erfolge bereiten, die bisher trotz der Knappheit im Lande vermieden werden konnten.

Kinderspielen ebenso gründlich wie der freie Handel hat allerdings auch die Bureaucratie versagt. Sie hat eine ungeheuerliche Menge Verordnungen ausgetüftelt, eine wirkliche Ernährungsfürsorge zu schaffen, hat sie aber noch nicht vermocht. Dabei waren ihr 4 Jahre Zeit dazu gelassen. Jammersich ist anzuerkennen, daß man wenigstens die Kriegsernährungsstellen des freien Handels einsetzen gelernt hat. Der freie Handel hätte das deutsche Volk in der Kriegszeit herrlich weit gebracht, darüber bestehen bei einflussreichen Leuten keine Zweifel mehr. Man

braucht nur die Preisentwicklung in den Handelszweigen anzusehen, wo der Handel noch frei ist. Die Preissteigerungen betragen dort nicht 200 und 500, sondern 2000 bis 5000 Prozent und noch darüber.

Angesichts dieser offenkundigen Tatsachen wirkt es besonders erhaben, wenn bürgerliche Zeitungen und Politiker den freien Handel als Mittel gegen Nahrungsmittelnot fordern. Besonders glänzend wirkt hier der „General-Anzeiger“. Der tritt in seinem politischen Keile für den freien Handel ein, im lokalen Teil aber wimmert und greint in allen Tönen über unberechtigte Preissteigerungen, Zurückhaltung von Waren usw. Alles freie Maßnahmen des gepriesenen freien Handels! Da wirkt die gelbe „Lagezeitung“ noch sympathischer. Sie macht für den Kriegswucher, die Preisgeheimnisse der Schleichhändler und Kriegsgewinnler ebenso auch für den Mangel an Nahrungsmitteln — die Sozialdemokraten verantwortlich, die in den Ernährungsstellen mit tätig sind, und weiter den Sozialismus überhaupt. Die „Lagezeitung“ ist offensichtlich und mit Erfolg bemüht, die Menschen mit kleinen harmlosen Späßen aufzuheitern. Das kann nur freudig begrüßt werden. Würden aber ihre Vor schläge — was kaum möglich ist — ernst genommen und würde man sich auch nach andern Forderungen auf Wiedereinführung des völlig freien Handels richten, dann würden gewiß auch noch einige Menschen sich ernähren können, die an günstigen Stellen ihre Krippe haben, ob aber das Volk bestehen könnte, ist eine andre Frage.

— Ein Erfolg. Bei einer am Sonntag in der Neuen Neustadt von einer Anzahl Genossen vorgenommenen Agitation zur Gewinnung von Mitgliedern für den Sozialdemokratischen Verein sind bis jetzt 55 neue Mitglieder gewonnen worden. Die Agitation beschränkte sich zunächst auf drei Wahlbezirke und wird fortgesetzt. Bei andern Gelegenheiten sind im Laufe des Monats Juni am Orte 80 Neuaufnahmen für die Partei gemacht worden, so daß die Zahl der im Juni neu gewonnenen Mitglieder bis jetzt 135 beträgt. Das ist ein Zeichen dafür, daß es vorwärts geht und ein Beweis dafür, daß die Werbetätigkeit für die Partei gerade jetzt in dieser ereignisvollen, schweren und politisch bewegten Zeit Erfolge bringt. Den Genossen und Genossinnen in der Neuen Neustadt werden es alle Mitarbeiter in den übrigen Stadtteilen hoffentlich bei der in den nächsten Tagen sich bietenden Gelegenheit nachmachen und ihnen an Eifer und Arbeitsfreudigkeit nicht nachsehen. Es kommt auf jeden einzelnen Genossen und auf jede einzelne Genossin an. Je größer die Zahl der Mitarbeiter, desto leichter die Arbeit und desto größer die Erfolge. Darum herbei zur Agitation. Helft am Ausbau der politischen Organisation! Werbt Mitglieder für den Sozialdemokratischen Verein!

— Fromme Wünsche. Wenn die Direktoren der Magdeburger Straßenbahn Gelegenheit gehabt hätten, die Unterhaltungen der Fahrgäste mit anzuhören, die am Mittwoch vormittag bei dem herrschenden Hundewetter und dem tiefsten Andrang gezwungen waren, den ungeschützten Vorderperson eines Straßenbahnwagens zu benutzen, dann würden sie über die erboste Stimmung des Publikums nicht besonders erbaunt gewesen sein. Statt nur darüber nachzudenken, wie der Betrieb sich immer lukrativer gestalten sollte, sollten sie lieber an das Gedächtnis der alten Motorwagen einen einigermaßen wirksamen Schutz gegen den unangenehmen Regen anbringen. Das war die Meinung der Fahrgäste. Daneben wurden aber noch viel drastischere Wünsche laut. Daß den Wagenführerinnen und auch den Führern zugemutet wird, im fremden Regen und ohne den geringsten Schutz ihren Führerdienst zu verrichten, ist tatsächlich ein starkes Stück. Wenn nur ein Bruchteil der Wünsche, die heute geäußert wurden, in Erfüllung gingen, dann würde die Straßenbahn ein wenig zeitgemäßer aussehen. Aber es waren offenbar „fromme Wünsche“, die bekanntlich nicht in Erfüllung gehen.

— Merkwürdige Bahnskontrolle. Uns wird folgendes geschrieben: „Am Sonabend früh fuhr ein in Magdeburg bedienstetes Mädchen von Neuhaldensleben nach Magdeburg zurück. Sie hatte ihre Eltern besucht. Untermwegs kam ein Beamter des Bahnsüberwachungsdienstes, um die Personalausweise zu prüfen. Das Mädchen hatte richtigweise keinen bei sich. In Groß-Ammensleben setzte der Beamte das Mädchen aus dem Zuge, wie es sein Recht war. Statt nun aber pflichtgemäß die Persönlichkeit der Betroffenen festzustellen, nahm er ihr einfach ein kleines Paket mit Lebensmitteln, das die Eltern ihr aus ihren rechtmäßigen Vorräten mitgegeben hatten, ab und ließ sie auf dem Bahnhof stehen. Es wäre bezeichnend zu erfahren, mit welchem Rechte das geschah, da die Beamten des Bahnsüberwachungsdienstes doch dazu da sind, aus militärischen und politischen Gründen die Personalausweise zu prüfen und nicht dazu, rechtmäßig in ihrem Besitz befindliche Lebensmittel wegzunehmen. Oder ist jemand nicht mehr verdächtig, wenn ihm 250 Gramm Speck abgenommen sind?“ Wenn diese Schilderung den Tatsachen entspricht, kann würde damit von neuem unsere wiederholt erhobene Forderung gestützt, neben der Kontrolle der Reisenden auch eine Aufsicht über die kontrollierenden Beamten einzurichten. Denn schließlich gehört es auch zur Verkehrssicherheit, daß die Beamten sich in den Grenzen des Erlaubten halten. In diesem Falle hat der Beamte seine Befugnisse ohne Zweifel überschritten. Zur Nahrungsmittelkontrolle war er offenbar gar nicht berechtigt. Und selbst wenn er ein Recht dazu gehabt hätte, hände seine Handlung im krassen Widerspruch zu behördlichen Vorschriften, nach denen solch winzige Mengen Nahrungsmittel nicht angefaßt werden sollen. Man geniert sich eben doch, schließlich auch noch die Resten davon zu durchsuchen. Also: Schutz vor Lebensmittel bei Bahnskontrollen ist notwendig und ebenso Aufklärung darüber, was mit den konfiszierten Nahrungsmitteln eigentlich geschieht.

— X Gestohlen wurden am 25. d. M. aus einer Werkstatt in der Neuhäbler Straße 1 Paar Damenhandschuhe mit Seidenspitzen, aus einer Wohnung in der Rolekretschke eine grünfarbene Bluse mit roten kurzen Streifen, ein Kleiderrock aus blauem Tuch und eine Fernleuchtmaschine; aus einer Wohnung in der Gützkowstraße ein neuer dunkelblauer Jodettanzug und etwa 1 Paar grauwollene Strümpfe; aus einer Wohnung in der Weberstraße eine Pelzgarntüte, eine goldene Damen-Reinigungsbürste, ein Dackel „Agathe Jäger“ graviert, ein goldenes Gliederarmband, eine tafelfarbene Rockschale, ein wolkenes armliniertes Umhangsgewand.

— Schenkung eines Kinderheims. Von der Firma Hovm. Fahlberg, List & Co. ist der Stadt Magdeburg die Wille des verstorbenen Herrn Morgenstern in Elmen zum Zwecke der Einrichtung eines Kinderheims geschenkt worden. Der Magistrat begrüßt die Zuwendung, da sehr gut etwa 30 schwächliche Kinder dort untergebracht werden können. Hierbei sollen die Kinder der Angehörigen der Kassenmitglieder der Betriebskrankenkasse der Sacharinfabrik vorzugsweise Berücksichtigung finden. Die Einrichtungskosten sollen dem Kriegsfonds entnommen werden.

— Vom Kriegsfonds. In einer Vorlage des Magistrats werden die Stadtverordneten ersucht, den Kriegsfonds der Stadt Magdeburg um 5 Millionen Mark, von 16 500 000 Mark auf 21 500 000 Mark zu erhöhen. Gleichzeitig mit dieser Vorlage hat der Magistrat eine Uebersicht über die aus Anlaß des Krieges bis Mitte Mai d. J. geleisteten Ausgaben beigefügt. Danach sind u. a. verausgabt an Unterstützungen an Angehörige von Kriegsteilnehmern 25 777 253 Mark für städtische Beihilfe an Angehörige von Kriegsteilnehmern, für die Supplementerei, Massenpeisung, Kinderpflege, für Ärzte und Apotheker usw. insgesamt 11 831 224 Mark. Von den nach der vom Magistrat gegebenen Uebersicht bereits mehr verbrauchten 1 746 876 Mark ist ein großer Teil bereits durch besondere Stadtverordneten-Beihilfen genehmigt, so die an Beamte, Hinterbliebene und Pflegeheimempfänger gezahlten Teuerung- und Kinderzulagen, Einrichtung von Kleinwohnungen, Einrichtung der Schweinemasthülle in Korbelt, Herrichtung von Baracken zur Seuchensämpfung u. a. Die von der Stadt gewährten Unterstützungen werden vom Staate zum Teil erlattet. Die Erstattungen betragen bisher ungefähr die Hälfte der gezahlten Beträge.

— Ueber die Ausgabe von Lebensmittelkarten für Juli und August veröffentlicht der Magistrat im Anzeigenteil eine Bekanntmachung.

— Bevölkerungsbewegung. Nach Mitteilung des Statistischen Amtes der Stadt Magdeburg betrug in der Woche vom 9. bis 15. Juni 1918 die Zahl der Eheschließungen 33; der Lebendgeborenen (Bornwoche) 30 männliche, 37 weibliche, zusammen 67; der Gestorbenen 32 männliche, 42 weibliche, zusammen 74 (Bornwoche — männliche — weibliche, zusammen —), darunter Kinder im 1. Lebensjahr 3 männliche, 3 weibliche, zusammen 6 (Bornwoche — männliche — weibliche, zusammen —); die Zahl der gemeldeten Infektionskrankheiten und zwar Scharlach 3 (davon — auswärts), Diphtherie und Krupp 19 (—) Unterleibstypus 1 (—), Kinderbettfieber — (—), Ruhr — (—).

— Jugendbund freitritt. Für den Bezirk Alte Neustadt findet am Donnerstag die Zusammenkunft wieder im „Weißen Hirs“, Friedrichsplatz, statt. Die Mitglieder unternehmen am Freitag abend einen Abendspaziergang. Treffen 9 Uhr an der Holzbrücke. Bei ungünstiger Witterung findet keine Veranstaltung statt.

— Das Scharfschützen des Granatenwerfer-Regiments sind auf dem Scharfschützenstand des Übungswerts bei Schießstand 23 wie folgt statt: Freitag den 28. und Sonnabend den 29. Juni 1918 bis mittags. Beginn 7 Uhr vormittags, Ende 6 Uhr nachmittags. Das Betreten des Angers ist strengstens verboten.

— Verhängnisvoller Ehestreit. Das hiesige Schwurgericht verhandelte am Dienstag gegen den Arbeiter Hermann Penning aus Kobbel wegen vorläufiger Körperverletzung mit tödlichem Erfolg. Der Angeklagte hat als Unteroffizier im 2. Garde-Regiment zu Fuß am Feldzug teilgenommen. Er wurde zweimal verwundet und erwarb sich das Eisernes Kreuz 2. Klasse. Nach seiner Rekrutierung vom Militär wollte er mit seiner Frau und zwei Kindern in Kobbel und arbeitete auf dem Kruppischen Schießplatz zu Langenbütze als Kanonier. Im allgemeinen vertritt er sich gut mit seiner Frau, mit der er seit Oktober 1914 verheiratet war. Als er am 20. März dieses Jahres abends von der Arbeitsstelle heimgekehrt war, klagte ihm seine Frau, daß die Kartoffeln ausgegangen seien, und sie darüber redeten, gemeinschaftlich Kartoffeln zu stehlen. Sie fanden bei ihrem Ausgang aber keine Meien, und es kam darüber zwischen ihnen zu einer Panzerlei, in der sie sich gegenseitig Vorwürfe machten. Der Angeklagte wurde schließlich sehr aufgebracht, in der Erregung packte er seine Frau plötzlich mit beiden Händen von hinten an den Hals, schleuderte sie ein paarmal herum und warf sie dann zur Erde. Sie hatte durch Erstickung den Tod gefunden. Um die Tat zu verheimlichen, schaffte Penning die Leiche 200 Meter weit weg in die Nähe des Dorfsteiges. Dort wurde sie von vorübergehenden Personen aufgefunden. Der Angeklagte schlich sich heran, befaß die Leiche, kniete nieder, schüttelte sie und rief: „Das ist ja meine Frau! Alma! Alma!“ wobei er sich sehr erschrocken und betäubt stellte. Anfangs leugnete er seine Schuld, legte aber später ein offenes Geständnis ab, das er vor dem Schwurgericht wiederholte. Er gibt an, er habe nicht beabsichtigt, seine Frau zu töten, sondern ihr nur tüchtig eins auswischen wollen. Die Geschwornen bejahten die Schuldfrage unter Zuhilfenahme mildernder Umstände. Demgemäß beurteilte der Gerichtshof den Angeklagten zu zwei Jahren Gefängnis und rechnete darauf 2 Monate Untersuchungshaft als verbüßt an.

— X Wem gehören die Silberfächer? Bei einem Einbrecher sind von der Kriminalpolizei die nachbezeichneten Gegenstände beschlagnahmt worden: Acht silberne Gabeln mit dem Monogramm M. B., acht silberne Löffel, zwei davon gez. M. B., ein kleines Messer mit dem Monogramm G. L., sieben Teelöffel, auf der Vorderseite L., auf der Rückseite G. A. d. B. 4. 18. 62., zwei silberne Schlüssel mit dem Monogramm M. B. 28. 4. 92., ein silberner Schlüssel, gez. M. B. von G. B. d. 29. 12. 66., ein silberner Schlüssel, gez. F. G., ein Teelöffel mit dem Monogramm M. B., eine silberne innen vergoldete Zuckerdose, auf dem Deckel die Gravierung „Stark seinem Land“, ein silberner Becher mit der Gravierung „Abele d. 25. Juni 1836, Johannes d. 9. April 1898“, mehrere ungezeichnete Stücke und eine goldene Damen-Reinigungsbürste, auf dem Rückdeckel das Monogramm M. B. Die Eigentümer der zweifelslos vielleicht schon im vergangenen Jahre gestohlenen Gegenstände werden ersucht, der Kriminalpolizei Nachricht zu geben.

— Feuer. Am Mittwoch vormittag gegen 7 Uhr entstand in einem Schlafzimmer des ersten Obergeschosses Wallstraße 8, durch Spielerei mit Streichhölzern von Seiten eines Kindes, eine nicht unbedeutende Feuersgefahr. Beim Eintreffen der vom Feuerwelder Sr. Steinmetzstraße alarmierten Feuerwehr war das Feuer von den Einwohnern bereits gelöscht. Betten, Wäsche und Möbel sind zum Teil vernichtet.

Theater, Konzerte etc.

Viktoria-Theater. Heute Donnerstag: Rosenkranz und Gränich. Spanische Fäule. Samstag und Sonntag: Früheres Verhängnis. Hermann Scherchen, zum Schluß Fest der Handwerker, Sonntag nachm.: Sinfonie für Klavier und Orchester. Concertgebäude Dienstag und Freitag 7 Uhr Stadttheater-Garten, Mittwoch 4 Uhr Schauspielhaus, Donnerstag 6 Uhr Schauspielhaus. — 1055 Nationaler Frauenbund. Vaterländischer Unterhaltungsspiel. Sonntag den 30. Juni, abends 8 Uhr, Sinfonie, Brüller Weg 100. Sinfonie, Singspiele, Deflamation. Eintritt frei. — Ortsverband für Kriegsernährung. Sonntag den 27. Juni, abends 8 Uhr, Stadttheater. Sinfonie und Deflamation. Eintritt frei. — 1056. — 1057. — 1058. — 1059. — 1060. — 1061. — 1062. — 1063. — 1064. — 1065. — 1066. — 1067. — 1068. — 1069. — 1070. — 1071. — 1072. — 1073. — 1074. — 1075. — 1076. — 1077. — 1078. — 1079. — 1080. — 1081. — 1082. — 1083. — 1084. — 1085. — 1086. — 1087. — 1088. — 1089. — 1090. — 1091. — 1092. — 1093. — 1094. — 1095. — 1096. — 1097. — 1098. — 1099. — 1100.

Briefkasten.

W. A., Drelleben. Sie müssen sich mit der Witwa einigen oder sie wegen der Sache verlassen. 2. Der Arbeitgeber ist dazu nicht berechtigt. Alfred Vogel. Für Juni ein halber Monat. G. A., Kalbe. Sie müssen für Ihre Frau Kirchensteuer zahlen. R. G., Willemsstraße. Diese Entziehung erfolgt zu Recht; die Frauen haben aber Anspruch auf die Wöchnerinnenzulage. Fr. K., Wir können das nicht überlegen. G. B. R. 11. Die Eltern können ja Antrag stellen. Gestr. R. Nr. 28. Der Versuch kann immer gemacht werden; Erfolg aber sehr zweifelhaft. W. R. R. 3. R. 66. Geld erhalten. W. M. 100. 1. Bis 1. Juli. 2. Vierteljährlich 95 Pfennig. Krautenträger Sch. Alle diese Bestimmungen enthalten keine M u s vorzichten. Wenn Sie zuerst u n a b s a m l i c h sind, müssen Sie sich gebulden und später erneut das Gesuch stellen. Mag 23. 1. Mein. 2. Machen Sie den Versuch. 1002. G. Aber das erfahren Sie doch viel besser in der Dristanten- l. se selbst. F. H., Westeregeln. Sie müssen den Austritt beim zuständigen Nr. 8 gerichtlich schriftlich anmelden und ihn dann innerhalb 4 Wochen unauß- gefordert mündlich bestätigen. G. St. Sehr schön, aber zum Abdruck ungeeignet.

Das Eisene Kreuz.

Aus unserm Kreis erhielten ferner das Eisene Kreuz: Ernst Pohlmeier aus Magdeburg-Neustadt, Mitglied des Gemeinde- arbeiterverbandes. Willi Pohlmeier aus Magdeburg-Neustadt, Mitglied des Trans- portarbeiterverbandes. Musikleiter Walter Schaaf aus Magdeburg. Gestr. Willi Bräggemann aus Eberburg, Mitglied des Metall- arbeiterverbandes. Musikleiter Walter Kühne, Mitglied des Metallarbeiterverbandes. Armierungssoldat Fritz Busse aus Magdeburg. Kriegsfreiwilliger Kurt Weich aus Magdeburg. Die Brüder Karl Walther, Otto Walther und Hans Walther aus Magdeburg, letzterer Mitglied des Transportarbeiterverbandes. Musikleiter Helmut Wiffel, Mitglied des Metallarbeiterverbandes. Fahrer Schoof aus Dohmersleben. Kanonier Reinhold Wättner, Mitglied des Transportarbeiter- verbandes und des Sozialdemokratischen Vereins. Telefonist Arthur Weinert aus Magdeburg-Budau. Gefregeser Franz Brenner. Führer Max Züscher aus Magdeburg-Wilhelmstadt, Mitglied des Buchdruckerverbandes. Musikleiter Hermann Holz aus Egeln, Mitglied des Fabrik- arbeiterverbandes. Schütze Alfred Dietrich aus Magdeburg-Budau. Ulan Walter Kleinhaus. Paul Wehlan.

Gestr. Karl Homann aus Magdeburg, Mitglied des Trans- portarbeiterverbandes. Gestr. Karl Wid aus Magdeburg.

Wasserstände.

Table with columns for location (Elbe, Müritzer See, etc.), date, and water level (Höhe, Fall, Steil). Includes data for various locations like Barby, Brandeis, Müritzer See, etc.

Mattine und Brunoline

extra prima Qualität, Sp. 16 u. 11. Herm. Musche, Wilhelmstr. 11.

Zitronen u. Limetta

Simonaden, Sirup-Griech. Nur solange Vorrat reicht!

à Liter 170 Pf.

Flasche bitte hñl mitbringen. Da diese Simonaden monatlang haltbar sind und in Kürze erheb- lich teurer werden, empfiehlt es sich, für den Sommer einzudecken. Walter Beulecke, Knochenhauerstr. 29.

Damenrad

gut erhalten, verkauft G. Lange, Magdeburg-Südost, Bismarckstr. 10.

Kleine Möbelfahren

Umzüge aller Art für Einpännerfahr- werke übernehmen sofort 1534. Blane Radler, Schönebeckstr. 8. Telefon 5250 und 2476.

Mandolinen Gitarren, Saiten

Mund- und Saitenharmonikas, Saiten u. Zubehör, reiche Aus- wahl, solide Preise, im Musikhaus R. Reimann, Katharinenstr. 11.

la. weiße Bettfedern

pro Pfund 8.25 Mark, nur so lange Vorrat. Billige Sorten noch vorhanden. 1524.

E. Beck Nachf.

Knochenhauerstr. 56.

Kaufe Pfandscheine

sämtlicher Leihhäuser. Zahle die höchsten Preise.

Max Eckstein

Südlichhofstr. 5

Subboden-Entfarbe

alle, schnellsten Qual. Sp. 7.50. Herm. Musche, Wilhelmstr. 11.

Sandleitertungen

in allen Größen preisw. zu haben. ABmus, Grünebaumstraße 10b.

Seim (Müßli)

hell und dunkel, für alle Betriebe. Bernhard Ottens, Fernstr. 7118, Große Mühlstraße 1a. 1676

Uhren

repariert schnell und gut A. Wilke, Uhrmacher, Weinberg 48.

Wasserpumpen, Hochdruck, Gabel- kasten, Kranen, etc.

Wasserpumpen, Hochdruck, Gabel- kasten, Kranen, etc. 15 u. 10 Hrn. Kupfer- schloß, Brühlstraße 37, Hof. 4772

Beiß-Japan-Emallierlad

extra prima Qualität, Sp. 14 u. 11. Herm. Musche, Wilhelmstr. 11.

Sauer Gekochter

Reichhaltig, Breitenweg 116, (eing. Anzeiger), Emil Antonoff.

Rümmelgewürz

(Gesch. für Rümmelkorn) für Regalitäten, Buch usw. Herm. Musche, Wilhelmstraße 11.

Courier-Eilboten

Telephon 7398. jetzt Kaiserstraße 85

übernehmen alle Reparaturen

übernehmen alle Reparaturen schnell und preisw. 1616. Hermannstraße: Wilhelmstr. 11. Kaffeehaus (Schokoladenfabrik)

Reichhaltig, Breitenweg 116

Reichhaltig, Breitenweg 116, (eing. Anzeiger), Emil Antonoff. 4772

Sandleitertungen

Sandleitertungen in allen Größen preisw. zu haben. ABmus, Grünebaumstraße 10b.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Bekanntmachung des Bundesrats vom 28. Juni 1917 in Verbindung mit dem § 12 der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfstellen und die Verordnung über die Errichtung von Preisprüfstellen und die Verordnung über die Errichtung von Preisprüfstellen und die Verordnung über die Errichtung von Preisprüfstellen...

I. Kartoffelerzeuger.

Die Kartoffelerzeuger sind verpflichtet, die Kartoffeln der Ernte 1918 sachgemäß zu ernten und die zur Erhaltung und Pflege erforderlichen Handlungen vorzunehmen. Mit der Überleitung darf der einzelne Erzeuger erst dann beginnen, wenn die Kartoffeln die erforderliche Reife erlangt haben. Das Ausroden vor dem Beginn des 8. Juli ist verboten, gleichwohl ob es sich um garten- oder feldmäßig angebaute Kartoffeln, um Zwecke des Bedarfs der eigenen Wirtschaft oder um Abgabe außer- halb der Wirtschaft handelt. Der Magistrat kann durch öffentliche Bekanntmachung die obige Frist ganz oder teilweise anderweit festlegen.

Die Verwendung der geernteten Kartoffeln ist dem Erzeuger nur gestattet: a) innerhalb der eigenen Wirtschaft nach Maßgabe des § 2 dieser Verordnung, b) außerhalb der eigenen Wirtschaft nach Maßgabe des § 3 dieser Verordnung.

Die Kartoffelerzeuger dürfen von den von ihnen angebaute Kartoffeln zur Ernährung für sich und ihre Wirtschaft Angehörigen bis zur Höhe von 1/4 Pfund für den Kopf und Tag verwenden, soweit Vorräte aus der alten Ernte oder gültige Kartoffelkarten bzw. Kartoffelbezugscheine nicht vorhanden sind. Der Magistrat kann durch öffentliche Bekanntmachung die in Absatz 1 bestimmte Menge anderweitig festlegen. Die Verfeinerung von Kartoffeln, welche zur menschlichen Ernährung verwendet werden können, ist verboten.

Die Kartoffelerzeuger dürfen die geernteten Kartoffeln nur an die Kartoffelstelle des städtischen Lebensmittelamts oder an diejenigen Händler verkaufen, welche von der Provinzialkartoffelstelle anerkannte Ausweisarten besitzen, an letztere jedoch nur insoweit, als die geernteten Kartoffeln zur Erfüllung der diesen Händlern von der Provinzialkartoffelstelle übertragenen Lieferungen bestimmt sind. Jede anderweitige Abgabe außerhalb der eigenen Wirtschaft ist, gleichviel ob entgeltlich oder unentgeltlich, verboten.

Kartoffelerzeuger haben am Sonnabend jeder Woche dem städtischen Lebensmittelamt (Kartoffelkontrolle) auf vorgeschriebenem Vorblatt eine Veränderungsnachweisung einzureichen, aus welcher ersichtlich ist:

- a) die im Laufe der Woche geernteten Mengen, b) der Verkauf an die von der Provinzialstelle zugelassenen Händler unter Angabe des Namens derselben, c) der Verkauf an die Kartoffelstelle des städtischen Lebens- mittelamts, d) der Verbrauch in der eigenen Wirtschaft, e) der Vorrat am Schlusse der Woche. Als Belege zu b und d sind die von den Händlern nach den Vor- schriften der Provinzialkartoffelstelle den Erzeugern auszuführenden (rotten) Liefercheine beizubringen. Ausgenommen sind die Kartoffelerzeuger mit einer Anbau- fläche von nicht mehr als 200 Quadratmeter. Die Einreichung dieses Nachweises gilt als Auskunft im Sinne des § 7 Absatz 3 der Bundesratsverordnung vom 28. Juni 1917.

II. Privathaushaltungen.

Die Entnahme von Kartoffeln durch Privathaushaltungen ist nur auf Grund der vom Magistrat ausgegebenen Kartoffelkarten bzw. Kartoffelmarken für den Monat Juli/August zulässig. Für jede Person, gleichviel welchen Alters, welche zum Bezug von Brot- und Mehlmarken berechtigt ist, ist eine Kartoffelkarte be- stimmt. Die Kartoffelkarte enthält die Marken Nr. 1-22. Der Magistrat setzt durch öffentliche Bekanntmachung Wert und Geltungsdauer der einzelnen Marken fest.

Die Berechtigung zum Bezug von Kartoffelkarten sowie zum Bezug von Kartoffeln auf Karten und Marken ruht, soweit Kartoffelkarten in Höhe der durch diese Verordnung und die zu ihrer Ausführung erlassenen Bekanntmachungen für zulässig er- klärten Verbrauchsmengen vorhanden sind.

Soweit Haushaltungen mehr Kartoffelkarten bzw. -marken besitzen, als ihnen auf Grund der vorstehenden Bestimmungen zu- stehen, haben sie dieselben unverzüglich an die städtische Kartoffel- kontrolle entweder persönlich zurückzugeben oder durch die Post durch eingeschriebenen Brief einzuschicken, eine Bescheinigung zum Un- terhalt von Kartoffeln ist verboten.

Die Entnahme von Kartoffeln auf Grund der vorstehenden Bestimmungen darf nur bei Benutzung von der Stadt zugelassenen Händlern erfolgen, bei welchem die Haushaltung in die Kundenliste eingetragen ist. Die Bestimmungen über Eintragung in die Kunden- listen erläßt der Magistrat.

III. Vorübergehende Anwesende.

Vorübergehende Anwesende erhalten nach dreitägiger An- wesenheit auf Antrag für die Woche eine Bescheinigung angefertigt, deren Höhe der Magistrat bestimmt und öffentlich bekanntmacht. Für die Verabfolgung von Kartoffeln an Schiffer gelten die- darüber erlassenen besonderen Bestimmungen.

IV. Gekochte Kartoffeln und Kartoffeln.

Gekochte Kartoffeln und Kartoffeln erhalten nach Maß- gabe des bei ordnungsmäßigem Verbrauch vorhandenen Bedarfs Kartoffel-Bezugscheine angefertigt. Anträge sind an die Kartoffel- kontrolle zu richten. Die Bezugscheine lauten auf eine be- stimmte Verkaufsstelle. Im übrigen sind die Bestimmungen der be- sonderen Verordnung über die Abgabe von Kartoffeln in Ge- sellschaften und Gastwirtschaften sowie die bei Eintragung des Bezugs- cheins etwa dem Betrieb auferlegten besonderen Bestimmungen kreuz zu beachten.

V. Für Händler.

Am Kauf von Kartoffeln von Erzeugern sind nur die Spe- zialisten der von der Provinzialkartoffelstelle anerkannten Ausweis- arten berechtigt und auch die nur insoweit, als die Rünse zur Erfüllung der ihnen von der Provinzialkartoffelstelle übertragenen Lieferungen bestimmt sind.

Am Verkauf von Kartoffeln an Einzelhandel sind nur die vom Magistrat zugelassenen Händler berechtigt, welche eine städtische Verkaufsbescheinigung besitzen. Die Unterlegung des Verkaufs- bescheinigungsbogens ist bei jeder Abgabe von Kartoffeln an solche Händler, welche in die Kundenliste eingetragen sind, verpflichtend, als in der Kundenliste verzeichnet ist.

Die Abgabe darf nur gegen Vorzeigung der Kartoffelkarte und Abtrennung der für die betreffende Zeit gültigen Marken erfolgen. Abgabe auf lose Marken ist verboten. Die Bestim- mungen über die Höhe der abzugeben Menge und die Gültig- keitsdauer der Marken sind strengstens innezuhalten.

Jeder Kleinhändler hat für die in seinem Besitz befindlichen Kartoffeln wöchentlich der städtischen Kartoffelkontrolle einen Ver- änderungsnachweis auf vorgeschriebenem Vorblatt einzureichen. Bei der Einreichung sind die abgetrennten Kartoffelmarken beizufügen.

Jeder Kleinhändler hat ein Stück dieser Verordnung an einer den Käufern sichtbaren Stelle zum Auslag zu bringen.

VI. Ein- und Ausfuhr von Kartoffeln.

Die Ausfuhr von Kartoffeln einschließlich Futter- und Saat- kartoffeln aus dem Stadtkreis Magdeburg ist nur mit Genehmigung des Magistrats zulässig. Ausgenommen sind die von Händlern gemäß § 9 gekauften Kartoffeln, jedoch ist in diesem Falle die Ausfuhr innerhalb 24 Stunden der Kartoffelkontrolle des Lebens- mittelamts unter Angabe der Mengen und des Erzeugers, von dem die Kartoffeln gekauft sind, anzuzeigen.

Wer Kartoffeln in den Stadtkreis Magdeburg einführt, hat dies unverzüglich unter Angabe der Mengen, der Herkunft der Kartoffeln und der Empfänger der städtischen Kartoffelkontrolle anzuzeigen. Angezeigtlich ist derjenige, welcher die Kartoffeln über die Stadtgrenze einführt, bei Einfuhr mit der Eisenbahn der Empfänger. Die Verpflichtung gilt auch für Futter- und Saat- kartoffeln.

Der Magistrat kann für die Anzeige einen bestimmten Vorblatt vorschreiben. Eine Veränderung der eingeführten Kartoffeln ist nur mit Genehmigung des Magistrats zulässig.

VII. Schlussbestimmungen.

Die auf Grund von Karten, Marken und Bezugscheinen an- gekauften Kartoffeln dürfen lediglich zur Bereitung von Speisen, die zur menschlichen Ernährung bestimmt sind, verwendet werden. Ihr Verbrauch zu anderen Zwecken, insbesondere als Viehfutter, ist ohne Genehmigung des Magistrats verboten. In gleicher Weise ist die Ueberlassung der Kartoffelkarten und Bezugscheine zum Kauf von Kartoffeln an Personen anderer Haushaltungen sowie die unentgeltliche Weiterveräußerung der auf Kartoffelkarten oder Bezugscheine bezogenen Kartoffeln verboten.

Die vorstehende Regelung erfolgt zum Zwecke einer möglichst gleichmäßigen Vergrößerung der einzelnen Personen und Gewerbe- treibenden. Der Magistrat kann jedoch keine Gewähr dafür übernehmen, daß bei Vorlegung der Karten und Bezugscheine die betreffende Menge stets erhältlich ist.

Der Magistrat kann Ausnahmen von den vorstehenden Be- stimmungen zulassen.

Zuwickelungen werden, sofern sie nicht gemäß § 17 der Bekanntmachung des Bundesrats mit höherer Strafe bedroht sind, mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis 1500 Mark bestraft. Unabgänglich davon können Gefängnis, deren Inhaber oder Betriebsleiter sich in Befolgung der Vorschriften, die ihnen durch diese Verordnung auferlegt sind, unzuverlässig zeigen, geschlossen werden.

Diese Verordnung tritt bezüglich des § 1 Absatz 1 und 2 so- wie § 16 sofort unter Aufhebung unserer Verordnung vom 6. Juni in Kraft. Die Frist zum Inkrafttreten der übrigen Bestimmungen fest der Magistrat fest und macht sie öffentlich bekannt. Mit dem Inkrafttreten der ganzen Verordnung wird die Verordnung über Kartoffelverforgung vom 18. September 1917 aufgehoben.

Magdeburg, den 24. Juni 1918. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Verteilung der Lebensmittelkarten

für Juli und August 1918 findet am Freitag den 28. Juni statt, und zwar für die Inhaber der Ausweisarten von Nr. 1 bis 60 von 9 bis 10 Uhr, von 61 bis 120 von 10 bis 11 Uhr, von 121 bis 180 von 11 bis 12 Uhr, von 181 u. folg. von 12 bis 1 Uhr.

(Für Hauptstelle 76 vormittags von 10 bis 11 Uhr, für Hauptstelle 91 am Sonnabend den 29. Juni, nachmittags von 3 bis 7 Uhr.) Die Zeit ist bestimmt ununterbrochen. Die Ausgabestellen sind aus dem untenstehenden Verzeichnis ersichtlich.

Die Brot-, Materialwaren- und Feinwaren sowie die Lebens- mittelkarten für Kinder bis zu 2 Jahren gelten für 2 Monate (Juli und August). Die Rünse der Lebensmittelkarten sind von jedem Inhaber selbst anzufordern. Die Brot- und Materialwarenarten für August sind sofort abzurufen.

Die zur Ausgabe gelangenden Kartoffelkarten für Frühstär- kofeln treten erst nach besonderer Bekanntmachung in Kraft, eben- so ergibt über die ausgegebenen Sonderkarten A noch be- sondere Bekanntmachung.

Selbstverförrer für Frühstärkofeln haben keinen Anspruch auf Empfang von Kartoffelkarten; falls sie solche verlangen wollen, sind sie verpflichtet, sie unverzüglich in der Kartoffelkontrolle des Lebensmittelamts entweder persönlich zurückzugeben oder durch ein- geschriebenen Brief zu übergeben. Personen, welche noch durch Einlieferung mit Kartoffeln aus der Ernte 1917 eingebucht sind, haben die ihnen feinerzeit befristete Einlieferung der Kartoffel- kontrolle sorgfältig weiter anzubekunden, da je als Kontrolle bei der Eintragung in die Kundenliste benötigt wird.

Die Lebensmittelkarten werden nur veranschlagt gegen Vorlegung der Ausweisart (gelber Vorstärkofel) und des vollstän- dig und richtig ausgefüllten und mit Personal- schein versehenen weichen Kontrollscheins an Personen über- geben.

In dem Kontrollschein dürfen nur die in der Haushaltung anwesenden und auf die betreffende Lebensmittelkarte empfangsbere- chigten Personen aufgeführt werden. Die Anwesenheit von Lebens- mittelkarten für nur vorübergehende Anwesende oder für die aus der Haushaltung dauernd oder mehr als 14 Tage vorübergehend abwesenden oder für Personen, die auf eine andere Lebensmittel- karte empfangsberechtigt sind oder in einer Weise, wenn auch nur vorübergehend, verpflegt werden, ist verboten.

Es werden nur für so viel Personen Lebensmittelkarten aus- gegeben, als in der Kundenliste verzeichnet ist.

Die Karten sind sofort nach Empfang nachzuzahlen. Später Einwendungen können nicht berücksichtigt werden. Sämtliche erhalten die ihnen zustehenden Lebensmittelkarten erst am 3. und 4. Juli in den zuständigen Polizeirevieren, vom 6. Juli an im städtischen Lebensmittelamt.

Die Karten sind sofort nach Empfang nachzuzahlen. Später Einwendungen können nicht berücksichtigt werden. Sämtliche erhalten die ihnen zustehenden Lebensmittelkarten erst am 3. und 4. Juli in den zuständigen Polizeirevieren, vom 6. Juli an im städtischen Lebensmittelamt.

Magdeburg, den 21. Juni 1918. Der Magistrat. Verzeichnis der Ausgabestellen für die Verteilung der Lebensmittelkarten Freitag den 28. Juni 1918.

Table with columns: Hauptstelle, Ausgabestelle, Straße. Lists various locations for food distribution such as Volkshochschule, Bismarckstraße, etc.

